

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 19

vom 31. Mai 2010

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Polizeiliche Kriminalstatistik 2009	3
Innenminister fordern Ächtung linker Gewalt durch alle Teile der Gesellschaft.....	6

Wirtschaft und Hafen

Gelungener Auftakt bei Real Estate North	11
Werben für Hamburg als Windkraftstandort.....	13
Hamburg und die Region Cuxhaven bauen ihre Zusammenarbeit aus	15

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Vorbildlich erneuert.....	19
Der Masterplan für die östlichen Quartiere der HafenCity ist überarbeitet.....	20

Schule, Jugend und Berufsbildung

Behauptungen über "Heimlichkeiten" und "Gewissensprüfungen" bei der Besetzung von Schulleiterstellen sind falsch.....	25
Starterschulen stellen ihre Arbeit vor	26
970 neue Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen und besserer Unterricht.....	27
10 Jahre Staatliche Jugendmusikschule am Mittelweg	30

Soziales, Familie und Gesundheit

Gemeinsam besser arbeiten.....	32
35,3 Mio. Euro mehr für Kitas	34
Spezialisierte Palliativversorgung in den eigenen vier Wänden	36

Wissenschaft und Forschung

Katholische Theologie kommt an die Universität Hamburg	38
Bezirk soll behauptete Flächenzuwächse für die Universität in Eimsbüttel konkretisieren.....	41

Kultur

Bericht des Abendblatts zur Galerie der Gegenwart	43
Ausschreibung für Norddeutschen Filmpreis läuft.....	44
Neue Internetseite für Gedenkstätte am Lohseplatz in der Hafencity.....	45

Sport

16 Millionen Euro für den Hamburger Sport.....	46
--	----

Datenschutz

WLAN Desaster – Rückhaltlose und zügige Aufklärung gefordert	48
Google erfüllt Ultimatum nur teilweise	49

Finanzen

Mai-Steuerschätzung 2010.....	51
-------------------------------	----

Auslandsreise China

Bürgermeister Ole von Beust reist nach China	54
--	----

Zur Information

Die Wilhelmsburger Radwoche im Juni 2010.....	56
Amtlich: Der Volksentscheid zur Schulreform findet am 18. Juli statt.....	60
Neue iPhone Applikation „Stolpersteine in Hamburg“	62
Wie wichtig sind Grünflächen?	63
Terminkalender	64

18. Mai 2010 / bfi18

Gemeinsame Pressemitteilung mit dem Bundesministerium des Innern

Polizeiliche Kriminalstatistik 2009:

Höchste Aufklärungsquote seit Einführung der gesamtdeutschen Kriminalstatistik

Kriminalitätsentwicklung weiter rückläufig

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und der **Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus**, haben heute in Berlin die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2009 vorgestellt. Wie bereits in den Vorjahren ist auch im Jahre 2009 die polizeilich registrierte Kriminalität rückläufig. Im Berichtszeitraum 2009 sind die Straftaten um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Insgesamt wurden 6.054.330 Straftaten registriert. Die Quote bei der Aufklärung von Straftaten liegt mit 55,6 % auf dem höchsten Stand seit Einführung der gesamtdeutschen PKS 1993.

Bundesinnenminister Dr. de Maizière erklärte dazu: „Weniger gemeldete Straftaten bei gleichzeitig steigender Aufklärungsquote – der positive Trend der Vorjahre hat sich auch 2009 fortgesetzt. Diese Erfolge wurden einmal mehr durch die hervorragende Arbeit unserer Polizei möglich. Mein ganz persönlicher Dank gilt deshalb vor allem den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Länder und des Bundes, die täglich mit großem Engagement einen oft schwierigen Dienst tun. Zu Recht gehört die Polizei zu den vertrauenswürdigsten Institutionen unseres Landes und genießt in der Bevölkerung nach wie vor ein hohes Ansehen.

Besonders würdigen möchte ich an dieser Stelle auch die hervorragende Arbeit der Polizei im Bereich der Kriminalprävention. Mit dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes ist es gelungen, die Bevölkerung – und hier insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene – über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären.“

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Anzahl der Gewaltdelikte wider, die im Berichtszeitraum um 1,2 % auf 208.446 Straftaten zurückgegangen sind. Der Rückgang ist vor allem auf die Abnahme im Bereich der Raubdelikte zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr gingen diese um 1,2 Prozent auf 49.317 Straftaten zurück.

Rückläufig entwickelte sich im Bereich der Gewaltkriminalität auch die Zahl der erfassten Fälle der gefährlichen und schweren Körperverletzung mit einem Minus von 1,3 % (149.301 Straftaten).

Besonders signifikant ist - wie schon in den Vorjahren - der erneute Rückgang bei den jugendlichen Tatverdächtigen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Zurückgegangen sind in dieser Altersgruppe insbesondere die Anzahl der Tatverdächtigen bei der Gewaltkriminalität um fast 9 Prozent (2008: 43.574; 2009: 39.722) sowie bei der in der Gewaltkriminalität enthaltenen gefährlichen und schweren Körperverletzung um 9,4 Prozent (2008: 35.384; 2009: 32.072). Die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen bei Körperverletzungsdelikten ist um 7,2 % von 66.719 Fällen im Jahr 2008 auf 61.940 im Jahr 2009 zurückgegangen. Bei Sachbeschädigungsdelikten ist die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen um 10,1 % von 47.730 Delikten im Jahr 2008 auf 42.907 Delikte im Jahr 2009 gesunken.

Bundesminister de Maizière: „Der erneute Rückgang der Fallzahlen der Kinder- und Jugendkriminalität gibt Hoffnung, dass die bereits im Vorjahr festgestellte Trendwende im Hinblick auf die Gewaltbereitschaft Jugendlicher anhält. Bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität sind alle an Erziehung, Sozialisation und Bildung beteiligten gesellschaftlichen Akteure gefordert, um Ursachen wie eine instabile Familiensituation, dem Wunsch nach einem die finanziellen Möglichkeiten übersteigenden Lebensstil, Alkohol- und Drogenmissbrauch oder negativen Medieneinflüssen entgegen zu wirken.“

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, **Senator Christoph Ahlhaus**, wies darauf hin, dass zur Bekämpfung der Jugendkriminalität die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichten, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen weiter verbessert werden muss. Durch rechtzeitiges Erkennen von Auffälligkeiten bereits bei Kindern und einer wirkungsvollen Strafverfolgung müssen kriminelle Lebenswege verhindert werden.

Wie in den Vorjahren dominierten auch im Jahr 2009 die Diebstahlsdelikte mit einem Anteil von 38,7 Prozent das Kriminalitätsgeschehen. Gegenüber dem Vorjahr sind diese Straftaten um 4,0 Prozent auf 2.344.646 Fälle gesunken. Das sind die niedrigsten Fallzahlen seit Beginn der Erhebung einer gesamtdeutschen Statistik im Jahr 1993.

Senator Ahlhaus: „Die Rückgänge bei Diebstahlsdelikten darf aber nicht den Blick verschließen für den starken Anstieg beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen. Dieser hat im Berichtsjahr um 8,9 % von 37.184 auf 40.375 Fälle zugenommen. Einer der Gründe für den Anstieg der Fallzahlen insbesondere in Bundesländern, die auf Grund ihrer Lage eine zeitnahe Verbringung der gestohlenen Fahrzeuge Richtung Osteuropa begünstigen, wird mitunter in der Erweiterung des Schengenraums Ende 2007 gesehen. Dieser Kausalzusammenhang greift meines Erachtens aber zu kurz. Denn die Polizei beobachtet auch, dass Fahrzeuge wieder zunehmend in Deutschland gestohlen und anschließend ins Ausland verbracht werden, während die Entwendungen im Ausland, insbesondere in Polen und Tschechien zurückgehen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Fallzahlen dürfte aber auch sein, dass es spezialisierten Tätergruppen inzwischen gelingt, auch elektronische Wegfahrsperren der neuesten Generation zu überwinden. In der Gesamtbetrachtung der Entwicklung des Kfz-Diebstahls kann aber festgehalten werden, dass sich seit 1993 die Anzahl der Fälle von Kfz-Diebstahl auf weniger als 1/5 reduziert hat (1993: 214.836 Fälle / 2009: 40.375 Fälle). Dieser erfreuliche Trend ist das Ergebnis eines wirkungsvollen

Zusammenspiels polizeilicher Maßnahmen mit deutlich verbesserten Diebstahlsicherungen.“

Bei den Rauschgiftdelikten wurden ebenfalls erneut niedrigere Fallzahlen registriert. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % (von 239.951 auf 235.842 Fälle) zurückgegangen.

Senator Ahlhaus: „Damit setzt sich bei den Rauschgiftdelikten der rückläufige Trend der vergangenen fünf Jahre fort – das ist überaus erfreulich. Wie gut die Polizei im Bereich der Rauschgiftkriminalität aufgestellt ist, zeigt im übrigen auch der jüngste Fahndungserfolg: Im Zuge eines im November 2009 angelaufenen, groß angelegten Ermittlungsverfahrens gelang es, einen internationalen Drogenhändlerring zu sprengen. Dabei wurden im April dieses Jahres 1,3 Tonnen Kokain im Hamburger Hafen sichergestellt. Hierbei handelt es sich um den bisher größten Rauschgift-Fund in Deutschland.“

Weitere Zahlen und Informationen finden Sie in der kompletten Polizeilichen Kriminalstatistik 2009, die Ihnen unter www.bmi.bund.de zur Verfügung steht

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Hamburg – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2673,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

und

Bundesministerium des Innern,

Markus Beyer, Tel. 030 - 18 681 1022/1023

Telefax 030 - 18 681 1083

E-Mail: presse@bmi.bund.de

28. Mai 2010/bfi28

Innenminister fordern Ächtung linker Gewalt durch alle Teile der Gesellschaft

Unter Vorsitz von **Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus** ist die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) am 27. und 28. Mai in Hamburg zu ihrer Frühjahrstagung zusammengekommen. An der 190. Sitzung der Innenministerkonferenz nahm auch **Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière** als Gast teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Gewalt gegen Polizeibeamte, die zunehmende Kriminalität im Internet, Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen und die zunehmende politische Gewalt von Links.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „In bewährter Tradition haben die Innenminister und -senatoren der Länder ohne parteipolitische Scheuklappen konstruktiv und verantwortungsbewusst in fast allen Tagesordnungspunkten Einigkeit erzielt. Ich freue mich, dass die Innenministerkonferenz als das wichtigste Gremium auf dem Gebiet der Innenpolitik in Deutschland einmal mehr auf die dringendsten Fragen der Inneren Sicherheit belastbare Antworten gefunden hat. Die Menschen in unserem Land können sich auf ihre Sicherheitsbehörden verlassen.“

Maßnahmen zur besseren Bekämpfung linker Gewalttaten

Die IMK hält eine offene Ächtung der politisch links motivierten Gewalt durch alle Teile der Gesellschaft für erforderlich.

Die IMK beauftragt ihre Gremien zur Herbstkonferenz einen abgestimmten Vorschlag zur Bekämpfung der politisch links motivierten Gewalt zu unterbreiten und dabei die von der Bund-Länder-Projektgruppe unter Federführung des BKA begonnene Erstellung eines umfassenden Maßnahmenkatalogs und von Handlungsempfehlungen sowie die im Verfassungsschutzverbund initiierten Auswerte- und Analyseprojekte zu berücksichtigen. Insbesondere soll geprüft werden:

- Der Austausch von Daten über linksextremistische Gefährder und relevante Personen, bei geeigneten Anlässen auch europaweit und
- Der Austausch von Daten über die Auswertung des Internets.

Gewalt gegen Polizeibeamte

Die IMK stellt fest, dass die überarbeitete PKS im Bereich des Oberschlüssels "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" seit dem 1. Januar 2010 mit den zugeordneten Deliktschlüsseln "Widerstand gegen Polizeibeamte" und "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (ohne Polizeivollzugsbeamte)" eine wichtige Weiterentwicklung bei der stärkeren Differenzierung der Daten mit sich bringt. Zum 1. Januar 2011 werden mit der Einrichtung einer Opferkennung für die genannten Deliktschlüssel auch Angaben zu Alter und Geschlecht sowie der Tatverdächtigen-Opfer-Beziehung der betroffenen Polizei- und weiteren Vollstreckungsbeamten in der PKS abgebildet.

Darüber hinausgehend begrüßt die IMK, dass die Einführung der Geschädigtenspezifika mit den Merkmalen "Polizei", "Feuerwehr" und "sonstige Rettungsdienste" zum 1. Januar 2011 dazu führen wird, dass über die Widerstandsdelikte hinaus weitere Straftaten differenziert danach ausgewertet werden können, ob sie sich gegen Angehörige von Polizei, Feuerwehr oder sonstige Rettungsdienste gerichtet haben.

Die IMK sieht im geplanten aktuellen bundesweit einheitlichen Lagebild eine wichtige Ergänzung zur PKS-Modifizierung, da damit noch detailliertere Daten zur Verfügung stehen werden.

Die IMK hält die Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmen für geeignet, um zu detaillierteren quantitativen wie qualitativen Erkenntnissen beim Phänomen "Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte" zu gelangen, das Phänomen umfassend zu analysieren und um wirkungsvolle Bekämpfungsstrategien zu entwickeln. Die Maßnahmen sind notwendig, um Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften auch zukünftig einen möglichst hohen Schutz für ihre Tätigkeit im Dienst für die Allgemeinheit zu sichern.

Die IMK stellt fest, dass präventive Maßnahmen zum Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften ein hohes Niveau haben und auch künftig einer ständigen Analyse unterliegen sowie entsprechend fortentwickelt werden.

Die IMK nimmt die Berichterstattung Niedersachsens zu den ersten Forschungsergebnissen der Studie des KFN "Gewalt gegen Polizei" zur Kenntnis und beauftragt den zuständigen Arbeitskreis bereits die ersten Forschungsergebnisse der KFN-Studie bei der weiteren Arbeit im Themenfeld "Gewalt gegen Polizeibeamte" zu berücksichtigen.

Die IMK bittet den zuständigen Arbeitskreis, die bereits bestehenden Maßnahmen zur Fürsorge und Nachsorge bei in Ausübung über dienstliche Tätigkeit von Gewalt betroffenen Polizeibeamten zu evaluieren und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Aufgrund der Erkenntnisse, nach denen Übergriffe auf Polizeibeamte ganz entscheidend von alkoholisierten Tätern begangen werden, sollten Präventionsmaßnahmen gegen Alkoholmissbrauch insbesondere bei Jugendlichen intensiviert werden.

Die IMK begrüßt den derzeitigen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem

- der Strafraum des §113 Absatz 1 StGB auf drei Jahre erhöht werden soll und
- dem Grundgedanken des Strafgesetzbuches, Waffen und andere gefährliche Werkzeuge gleich zu behandeln, durch eine Ergänzung der Regelbeispiele der §§113 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 und 125a Satz 2 Nr. 2 StGB Rechnung getragen wird.

Die Innenminister fordern darüber hinaus, dass der sachliche Schutzbereich des §113 StGB über den Schutz von Vollstreckungshandlungen hinaus auch auf die normalen Dienstverrichtungen, insbesondere von Polizeibeamtinnen und -beamten zu erstrecken und der strafrechtliche Schutz von Feuerwehrlern und Rettungskräften im Einsatz entsprechend verbessert werden soll.

Rockerkriminalität

Die Innenminister und -senatoren betrachten mit Besorgnis die aktuellen Entwicklungen im Rockermilieu und stellen fest, dass die von Mitgliedern der „Outlaw Motorcycle Gangs“ begangenen schweren Straftaten der letzten Monate Beleg dafür sind, dass die Gefährlichkeit und die kriminelle Energie in diesem Milieu zugenommen haben.

Die Sicherheitsbehörden in den Ländern und beim Bund sind daher aufgerufen, bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität eng zusammen zu arbeiten und alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Phänomen der Rockerkriminalität entschieden entgegenzutreten.

Die IMK begrüßt die Abstimmung der Einsatzkonzepte des Bundes und der Länder zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens sowohl im täglichen Dienst als auch bei besonderen Einsatzlagen und möglichen länderübergreifenden Lagen. Sie hält es für erforderlich, neben der Prüfung von Vereinsverboten die Ermittlungen mit dem Ziel einer konsequenten Ausschöpfung aller straf- und nebenstrafrechtlichen Möglichkeiten zu intensivieren und so auch Erkenntnisse zu erlangen, ob waffenrechtliche Erlaubnisse

entzogen bzw. nicht erteilt werden dürfen und relevante Rockerclubs als kriminelle Vereinigungen im Sinne des § 129 StGB anzusehen sind.

Die IMK erkennt das Erfordernis des intensiven Informationsaustausches zwischen Polizei und Kommunen und hält zur nachhaltigen Bekämpfung der Rockerkriminalität eine intensive Einbindung kommunaler Stellen mit dem Ziel, Maßnahmen insbesondere nach dem Gewerbe-, Waffen-, Gaststätten-, Ordnungs- und Straßenverkehrsrecht zu veranlassen, für erforderlich. Dieses Verfahren ist auch der Erteilung von Auflagen im Zusammenhang mit Veranstaltungen dienlich. Das Thema wird auf der Herbstkonferenz wieder aufgerufen werden.

Maßnahmen gegen Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus, berichtete über die Ergebnisse des "Runden Tisches" vom 23.04.2010 zur Problematik "Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen".

Das Thema wird auf der Herbsttagung erneut aufgerufen und der zuständige Arbeitskreis wird u. a. berichten über:

- die getroffenen Vereinbarungen mit dem DFB / der DFL bezüglich der Spieltagsplanungen ab 2011 und
- die zwischen Bundespolizei, DFB, DFL, NASS und der DB AG auf der Fachebene fortentwickelten Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf den Reisewegen einschließlich der besonderen Bestrebungen zur Reduzierung des Alkoholkonsums im ÖPV / ÖPNV.

Der zuständige Arbeitskreis der IMK wird auf der Herbsttagung in Hamburg über diese Maßnahmen hinaus auch über die weiterhin beabsichtigten Ankündigungen des DFB / der DFL nach deren "Zehn-Punkte-Plan" berichten, insbesondere über die Themen

- Einstellung hauptamtlicher Fanbeauftragter,
- Durchführung einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne,
- Ankündigung einer wissenschaftlichen Begleitung bzgl. der Sicherheitsthematik und
- Initiierung weitergehender präventiver Maßnahmen einschließlich der Fortführung der Fanprojekte.

Bekämpfung der Internetkriminalität

Die IMK stellt fest, dass die vom Phänomen IuK-Kriminalität ausgehende Bedrohung derzeit eine der wesentlichen Herausforderungen im Bereich der Verbrechensbekämpfung und Prävention darstellt. Es bedarf bei der Bekämpfung der Internetkriminalität umfassender Anstrengungen sowohl auf Seiten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, als auch bei allen anderen staatlichen und privaten Institutionen.

Insbesondere bei Angriffen auf Netze und bei Datenverlust sind sowohl bei den öffentlichen Stellen als auch bei den Wirtschaftsunternehmen die vorliegenden Lagekenntnisse unzureichend. Deshalb bedarf es auch besonderer zusätzlicher Anstrengungen der Wirtschaftsunternehmen in Kooperation mit den zuständigen Behörden. Zu diesem Zweck soll die Schaffung einer zentralen gemeinsamen Einrichtung der Wirtschaft unter beratender Beteiligung der zuständigen Behörden geprüft werden.

Die IMK nimmt den von ihrem zuständigen Arbeitskreis hierzu gefassten Beschluss zum Bericht "Strategie zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität" sowie die durch den Arbeitskreis eingeleiteten Schritte zur Umsetzung der in dem Bericht enthaltenen Handlungsempfehlungen, wie die Aufträge

- zum Hinwirken auf Aufnahme einer Informationspflicht bei Systemangriffen und Datenverlust in die entsprechenden EU-Rechtsakte,
- zur Prüfung und ggf. Umsetzung der aufgezeigten präventiven Maßnahmen
- und die Bitte an den Strafrechtsausschuss um Kenntnisnahme und Umsetzung der für den Justizbereich relevanten Handlungsempfehlungen.

Rücknahme der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur VN -Kinderkonvention

Die Innenminister und -senatoren der Länder begrüßen die Zusicherung des BMI, dass mit der Rücknahme der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur VN-Kinderrechtskonvention keine Änderung des Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetzes verbunden ist.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2670 und -2673,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

PRESSEMITTEILUNG
21.05.2010/hwf21

Gelungener Auftakt bei Real Estate North Hamburger Gemeinschaftsstand mit 17 Ausstellern

Hamburg, 21. Mai 2010 – **Am 2. Und 3. Juni 2010 feiert Hamburg eine Messe-Premiere: Die Real Estate North. In Kooperation mit dem Wirtschaftsförderungsrat der Metropolregion Hamburg veranstaltet die Deutsche Messe AG die internationale Fachmesse für Gewerbeimmobilien im Terminal Tango am Flughafen Hamburg. Die zweitägige Ausstellung wird durch ein umfangreiches Vortragsprogramm abgerundet. Am von der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH organisierten Hamburger Gemeinschaftsstand nehmen 17 Unternehmen aus ganz Norddeutschland teil. Senator Axel Gedaschko, Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, eröffnet die neue Messe.**

Am Hamburger Messestand sind viele der 17 Partner schon in den vorangegangenen Jahren bei Messeauftritten dabei gewesen. Und manche bauen dabei ihre Messepräsenz aus. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Rostock nimmt erstmals auch mit ihren Magdeburger Kollegen an einer Messe teil. Ebenfalls neu dabei sind Engel & Völkers, Franki Grundbau, Valvo Immobilien, Hochtief Projektentwicklung und die Hamburg Port Authority.

„Das Konzept der Real Estate North trifft in der Gewerbeimmobilienbranche auf großes Interesse“, sagt Heinrich Lieser, Vorsitzender der Geschäftsführungen der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH und der HMG Hamburg Marketing GmbH. „Den Kern des Ausstellerpotenzials der Real Estate North bilden die Top-Gewerbeimmobilienstandorte in Norddeutschland. Darüber hinaus soll die Messe aber auch die Ostseeanrainerstaaten sowie Großbritannien, Irland, Norwegen und die Benelux-Länder abdecken.“

Das Fundament der Real Estate North bilden vier Säulen: Ausstellung, Wissenstransfer, Projektschmiede und Networking werden den neuen internationalen Branchenevent prägen. Das Ausstellungsangebot ist speziell auf die Wertschöpfungskette von Gewerbeimmobilien, deren Bau, Erwerb, Unterhaltung und Verwaltung zugeschnitten. Die Aussteller sind Unternehmen, die ihre Einkünfte mit Bau, Betrieb, Vermarktung und Finanzierung von Immobilien mit gewerblicher Nutzung erzielen. Die Metropole Hamburg will die neue Messe vor allem zum Ausbau ihrer Position als Logistikmetropole des Nordens nutzen. Auf der Real Estate North stehen Logistik-Gewerbeobjekte aus dem In- und Ausland im Mittelpunkt.

Während der ‚[First Class Discussions](#)‘ an beiden Messetagen teilen Experten ihr Wissen mit den Teilnehmern. Mehr als 20 hochkarätige Branchenexperten sorgen für Gespräche und Wissenstransfer. Am ersten Messeabend treffen sich die Aussteller mit Branchenexperten der Immobilienwirtschaft und Vertretern von Politik und Medien zum Netzwerken.

Eine weitere Besonderheit der Real Estate North sind die ‚Site Inspections‘: Die Projektbesichtigungen im Vorfeld der Veranstaltung werden mit dem Helikopter angeboten und sind vor allem für Besucher aus dem Ausland besonders interessant: Am 31. Mai und 1. Juni stehen insgesamt sechs Projektbesichtigungen auf der Agenda. Dabei geht es beispielsweise zur Offshore-Anlage in Cuxhaven und zum Forschungsflughafen in Braunschweig. Weitere Projektbesichtigungen gehen zum neuen schwerlastfähigen Hafen Kiel-Canal in Osterrönfeld und zum Gewerbepark Westküste im Kreis Dithmarschen, der hervorragende Voraussetzungen für energieintensive Unternehmen bietet. Bereits im Vorfeld der Real Estate North können Investoren, Facility-Manager und Bauunternehmen erste Geschäfte ausloten.

17 Aussteller am Hamburger Gemeinschaftsstand

AMB Property Germany GmbH

aurelis [Real Estate GmbH & Co. KG](#)

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Magdeburg

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Rostock

Channel Hamburg e.V.

Engel & Völkers Gewerbe GmbH

Freie und Hansestadt Hamburg Finanzbehörde Immobilienmanagement

Franki Grundbau GmbH & Co. KG

HafenCity Hamburg GmbH

Hamburg Port Authority

Hochtief Projektentwicklung GmbH

HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH

HWF Gewerbe-Immobilien-Service

IBA Hamburg GmbH

Imtech Deutschland GmbH & Co. KG

Sprinkenhof AG

Valvo Immobilien M. Vogler e. K.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.real-estate-north.de>

Über die HWF

Die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH ist ein privatwirtschaftlich geführtes Beratungsunternehmen, das Unternehmen bei Expansions-, Restrukturierungs- und Investitionsprojekten in Hamburg unterstützt. Die HWF ist zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für die gesamte Wirtschaft. Wesentliche Unternehmensziele sind die Betreuung der in Hamburg ansässigen Betriebe und die nationale und internationale Akquisition neuer Firmen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Zudem widmet sich die HWF dem Standort-Marketing. Die branchenspezifische Beratung erfolgt bei der HWF in Zusammenarbeit mit den Cluster-Managements von Hamburg@work, der Logistik-Initiative Hamburg sowie der Initiative Luffahrtstandort Hamburg.

Kontakt

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing und Kommunikation
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 23 ; Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

HWF, Birgit Riege, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 36 ; Mobil: + 49 (0) 162 / 162 09 90

PRESSEMITTEILUNG/hwf25

Werben für Hamburg als Windkraftstandort

Präsentation auf der Shanghai Expo im Hamburg House am 1. Juni

Hamburg, 25.05.2010 – Die Stadt Hamburg und Hamburger Unternehmen engagieren sich gemeinsam, um den Windkraftstandort auszubauen. Am 1. Juni veranstalten die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH die Handelskammer Hamburg sowie Nordex und Siemens im Hamburg House auf der Expo in Shanghai ein Treffen mit rund 40 geladenen Vertretern chinesischer Unternehmen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Organisation vor Ort erfolgt durch das [Hamburg Liaison Office Shanghai](#).

"Hamburg hat in den vergangenen Jahren wie kein anderer Standort vom Wachstum der Windenergiebranche profitiert", sagt **Heinrich Lieser, Vorsitzender der Geschäftsführungen der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH** und der **Hamburg Marketing GmbH**. „Viele für die Branche wesentliche Hersteller sind bereits mit Vertriebsseinheiten oder mit ihren Zentralen in der Metropolregion vertreten.“ In China sollen nun weitere Kontakte mit der dortigen Windbranche geknüpft werden. Eine Woche später findet in Hong Kong eine ähnliche Veranstaltung statt.

Zur Wirtschaftsdelegation gehören Thomas Richterich, Vorstandschef des Hamburger Windradherstellers Nordex, und Michael Westhagemann, Leiter der Siemens-Region Nord. Nordex baut gerade in Hamburg seinen neuen Firmensitz, Siemens hat seine Wind-Europazentrale vor einem Jahr nach Hamburg geholt. Einer der Gründe, die Hamburg für die Windenergiebranche so attraktiv machen ist die Tatsache, dass einige verwandte Branchen schon vor Ort sind. Im Flugzeug- und im Schiffbau sind die Ingenieure bestens auf die Anforderungen der Windenergie eingestellt. Airbus, Lufthansa Technik, Blohm & Voss oder Sietas tragen mit ihrem Know-how dazu bei, auch für die Windenergie technische Lösungen zu entwickeln.

"Immer mehr Unternehmen, die den Windenergiemarkt in Nordeuropa ins Auge fassen, wählen Hamburg als Basis für ihr Geschäft. Mit gutem Grund, denn der Stadt ist es gelungen ein dichtes Netz von Kompetenzen rund um das Thema Erneuerbare Energien zu knüpfen", sagt **Thomas Richterich, Vorstandsvorsitzender von Nordex**.

China hat sich auch im vergangenen Jahr wieder als wichtigster Außenhandelspartner des Hamburger Hafens behauptet. 900 Hamburger Unternehmen setzen auf das wirtschaftliche

Potenzial und pflegen Geschäftsbeziehungen mit China, 50 von ihnen sind in Shanghai ansässig.

„China ist einer unserer wichtigsten Wachstumsmärkte und Hamburg einer unserer wichtigsten Standorte für Erneuerbare Energien, insbesondere auch auf dem Gebiet der Windkraft“, sagt **Michael Westhagemann, Siemens AG, CEO Region Nord**. „Als hier wie dort ansässiges Unternehmen freuen wir uns, auf der Expo Shanghai mit Bürgermeister von Beust und der HWF eine Brücke für den Klima- und Umweltschutz schlagen zu können. Die Pflege der Kontakte zwischen China und Deutschland auf dieser Ebene ist für uns von großer Bedeutung.“

Eine wichtige Rolle beim Auftritt in China spielt auch Hamburgs Titel als Europäische Umwelthauptstadt 2011. „Das Interesse von Firmen ist groß“, weiß Lieser. "Im Moment bräuchten wir allein für die Erneuerbaren Energien 20 Akquisiteure, um alle Chancen abzarbeiten, die sich Hamburg derzeit bieten." Auch mit dem Leitbild "Hamburg - Wachsen mit Weitsicht" hat sich die Hansestadt wie keine andere deutsche Metropole dem Gedanken des Klimaschutzes und dem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen verschrieben.

Unter dem Motto „Better City – Better Life“ präsentieren sich bis zum 31. Oktober 240 Staaten auf der Expo in Shanghai, der größten Weltausstellung aller Zeiten. Hamburg stellt sich dort mit dem „Hamburg House“ vor. Das erste CO2-neutralen Haus in China ist ein Beispiel für Hamburger Architektur- und Ingenieurskunst.

Weitere Informationen unter www.expo2010.hamburg.de

Über die HWF

Die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH ist ein privatwirtschaftlich geführtes Beratungsunternehmen, das Unternehmen bei Expansions-, Restrukturierungs- und Investitionsprojekten in Hamburg unterstützt. Die HWF ist zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für die gesamte Wirtschaft. Wesentliche Unternehmensziele sind die Betreuung der in Hamburg ansässigen Betriebe und die nationale und internationale Akquisition neuer Firmen für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Zudem widmet sich die HWF dem Standort-Marketing. Die branchenspezifische Beratung erfolgt bei der HWF in Zusammenarbeit mit den Cluster-Managements von Hamburg@work, der Logistik-Initiative Hamburg sowie der Initiative Luftfahrtstandort Hamburg.

Kontakt

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing und Kommunikation
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 23 ; Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

HWF, Birgit Riege, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: + 49 (0) 40 / 227 019 – 36 ; Mobil: + 49 (0) 162 / 162 09 90

27. Mai 2010/bwa27

Hamburg und die Region Cuxhaven bauen ihre Zusammenarbeit aus

Zweite Fortschreibung des gemeinsamen Eckpunktepapiers beschlossen. Wirtschaftssenator Axel Gedaschko spricht vor Cuxhavener Wirtschaftsrat.

Die Freie und Hansestadt Hamburg und der Landkreis Cuxhaven haben heute das Eckpunktepapier über ihre verstärkte Zusammenarbeit unterzeichnet. Basis dafür ist die Neuausrichtung der gesamten Metropolregion Hamburg, die durch das Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Zusammenarbeit 2005 beschlossen wurde. In dem Eckpunktepapier und seinen regelmäßigen Fortschreibungen geht es darum, Handlungsfelder aufzuzeigen, in denen eine Kooperation zwischen Hamburg und Cuxhaven für beide Seiten Aussicht auf Erfolg verspricht. Der Cuxhavener Wirtschaftsrat lobte anlässlich der Unterzeichnung das Engagement der norddeutschen Ministerpräsidenten, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region gemeinsam und aktiv voranzutreiben. Senator Gedaschko wies bei seiner Rede im Cuxhavener Kreishaus darauf hin, dass es Hamburg im laufenden Planfeststellungsverfahren zur Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe darum geht, alle ernsthaften Bedenken zu berücksichtigen und zu integrieren. Mit dem ebenfalls anwesenden Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann ist sich Hamburgs Wirtschaftssenator in dieser Sache einig. Gleichzeitig betonte Gedaschko, dass die Fahrrinnenanpassung für die Region aus wirtschaftlicher Sicht wichtiger denn je sei.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Hamburg hat ein strategisches Interesse, die traditionellen Beziehungen zum Untereelberaum zu pflegen und auszubauen. Alte Vorurteile gelten nicht mehr. Es geht nicht mehr um Befindlichkeiten oder ritualisierte Treffen. Es geht vielmehr um Inhalte. Unser gemeinsames Handeln muss an Geschwindigkeit gewinnen, um die Zusammenarbeit in der Metropolregion erfolgreich zu gestalten.“

Johannes Höppner, Wirtschaftsrat Cuxhaven e.V.: „Ich begrüße insbesondere, dass Hamburg und Cuxhaven bei den gemeinsamen Entwicklungspotenzialen seit nun vier Jahren an einem Strang ziehen und zu einem fruchtbaren Dialog im Interesse der Region gefunden haben.“

Zu den im gemeinsamen Eckpunktepapier beschlossenen Themen gehören u.a.:

Kooperation der Häfen

Hamburg und Cuxhaven sind sich einig, dass einer direkten Kooperation zwischen den Häfen Hamburg und Cuxhaven Grenzen gesetzt sind. Als Mehrheitsgesellschafter der HHLA, die mit einem Anteil in Höhe von 25 Prozent beim Cuxhavener Umschlagsbetrieb Cuxport beteiligt ist, besitzt Hamburg strategische Gestaltungsmöglichkeiten, zukunfts-trächtige Kooperationsfelder zwischen beiden Häfen zu befördern. Die Wirtschaftsbehörde hat vor diesem Hintergrund zugesagt, gemeinsam mit der HHLA Potenziale einer Zusammenarbeit auszuloten. Des Weiteren verständigen sich beide Seiten darauf, dass Hamburg den Standort Cuxhaven in den Verteiler für Anfragen hafen- bzw. wasseraffiner Ansiedlungsinteressenten aufnimmt, die nicht innerhalb der Hamburger Grenzen gedeckt werden können. Die Wirtschaftsbehörde wird hierzu kurzfristig die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) und die Hamburg Port Authority (HPA) beauftragen, eine Liste anfragender Unternehmen mit dem Fokus „Produktion mit Wasseranschluss“ zusammenzustellen und an Cuxhaven weiterzuleiten sowie diese kontinuierlich zu aktualisieren.

Kreuzfahrt- und Passagierschiffahrt-Terminal Steubenhöft Cuxhaven

Im Rahmen des Hafenkonzepts Untereibe wird die Bedeutung des Kreuzfahrttourismus für die gesamte Metropolregion betont, die von dem gemeinsamen Angebot der Häfen profitiert. Es bedarf weiterer Investitionen in Infrastruktur, um diesen wachsenden Markt adäquat bedienen zu können. Mit weiter steigenden Bedarfen steht die Stadt Cuxhaven bereit, auf Grundlage Ihres vorliegenden Konzeptes zur weiteren Entwicklung des Kreuzfahrtstandortes Cuxhaven (C.P.C Cruise Port Cuxhaven) etwaige entstehende Engpässe in der Destination Hamburg pro-aktiv aufzufangen. Der Kreuzfahrttourismus stellt für Hamburg ein stark wachsendes Wirtschaftssegment dar. 2008 verzeichnete die Stadt 200.000 Passagiere bei fast 100 Anläufen von Kreuzfahrtschiffen. Möglichkeiten einer erfolgversprechenden Zusammenarbeit werden hier in einem gemeinsamen Marketing auf großen internationalen Messen gesehen, wo Cuxhaven sich zum Beispiel als selbstständiger Unteraussteller Hamburgs präsentieren und zugleich signifikante Kosteneinsparungen realisieren könnte.

Sea-Airport Cuxhaven-Nordholz

Die Standortbewerbung des Sea-Airport Cuxhaven-Nordholz für das Airbus Projekt „end of lifecycle“ ist 2009 durch die Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven beim Luftfahrtnetzwerk „hanse-aerospace“ eingereicht worden. Aktuell koordiniert hanse-aerospace die Bewerbung Hamburgs für dieses Projekt. Als erfolgreiches neues Kooperationsbeispiel ist die erstmalig gemeinsame Vermarktung des „Sea-Airport Cuxhaven“ und Hamburgs auf dem Gemeinschaftsstand des Luftfahrtnetzwerkes hanse-aerospace auf der Airshow ILA in Berlin

im Juni 2010 zu nennen. Der Gemeinschaftsstand bietet für den Sea-Airport Cuxhaven /Nordholz als Unteraussteller eine optimale Plattform für die Standort- und Leistungsvermarktung auf internationaler Ebene. Seit Beginn des Jahres 2007 werden Ansiedlungsanfragen, die in Hamburg selbst nicht befriedigt werden können, durch Hamburg u. a. auch an die Flughafenbetriebsgesellschaft und die Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven weitergeleitet und dort bearbeitet bzw. betreut. Die Kooperation in diesem Themenfeld kann als erfolgreiches Beispiel einer wirtschaftlichen Kooperation der beiden Partner in einer „win-win-Situation“ zur Stärkung der gesamten Metropolregion Hamburg angesehen werden.

Maritimer Tourismus

Die gemeinsame Tourismuspolitik bildet einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit innerhalb der Metropolregion Hamburg. Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der gemeinsame Internetauftritt der Metropolregion im Bereich Tourismus. Eine besondere Gemeinsamkeit haben Cuxhaven und Hamburg durch Albert Ballin und die Historie als Auswandererhafen. Die drei großen Auswandererhäfen Hamburg, Bremerhaven und Cuxhaven vermarkten Ihre entsprechenden historischen Stätten aktuell getrennt voneinander. Dabei ist mit Blick auf die Ballinstadt in Hamburg und das Steubenhöft in Cuxhaven festzustellen, dass die Potenziale einer gemeinsamen Vermarktung im Tourismusbereich bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Hamburg und der Cuxhavener Wirtschaftsrat werben gemeinsam für ein verstärktes gemeinsames Marketing im Bereich des Maritimen Tourismus. Folgende Themen stehen aus Hamburger Sicht dabei im Fokus:

Einrichtung regelmäßiger Schiffsverbindungen (Fahrplandienst) an der Untereibe

Der Hamburger Senat strebt die Einrichtung eines privaten Schiffsliendienstes von und nach Cuxhaven an. Hierzu stehen Gespräche mit dem derzeitigen Helgoland-Dienstbetreiber Förde-Reederei an, inwieweit zumindest saisonal ein Schiffsliendienst aufgenommen werden kann. Ziel ist die Kooperation von Dömitz bis Cuxhaven zur Vermarktung des Tourismus entlang der Elbe und der Personenschiffahrt. Hamburg schlägt vor, die gemeinsame Vermarktung ab 2011 mit Hilfe eines Regionalmanagers und Mitteln aus den beiden Förderfonds der Metropolregion Hamburg sowie Drittmitteln auf den Weg zu bringen.

Gemeinsame Vermarktung von Hamburg und Cuxhaven

Cuxhaven begrüßt die Öffnung der Hamburg Marketing Gesellschaft HMG und deren Angebot der Teilhabe und aktiven Mitgestaltung an regionsweiten Angeboten ausdrücklich.

Beide Seiten stimmen überein, dass bedeutende Synergien in den Segmenten Tagestourismus, Kulturtourismus und Wirtschaftsförderung denkbar sind.

Vermarktung der Auswanderer-Einrichtungen (Steubenhöft / Ballinstadt)

Die gemeinsame touristische Vermarktung der Ballinstadt und des Steubenhöfts wird weiterhin als potenziell aussichtsreich eingeschätzt. Von beiden Seiten besteht ein hohes Interesse, die Zusammenarbeit zu intensivieren, um so das Potenzial beider Einrichtungen für ein gemeinsames Themenmarketing weiter zu nutzen. Als Herausforderung erweisen sich dabei die geringen finanziellen und personellen Kapazitäten des ehrenamtlich fungierenden Betreibers auf Cuxhavener Seite. Entwicklungspotenziale werden im Kreuzfahrtsegment bei Landausflügen gesehen. So könnte beispielsweise Cuxhaven pick-up oder drop-off Standort am Anfang oder Ende der erforderlichen Revierfahrt auf der Elbe nach / von Hamburg sein. Attraktive Ausflugsangebote für das internationale Publikum könnte ein „Auswanderer-Nostalgiezug“ sein, der von Hamburg über die Ballinstadt nach Cuxhaven zum historischen HAPAG-Hallen/Steubenhöft-Komplex, dem einzigen heute noch komplett erhaltenen Auswandererterminal in Kontinentaleuropa führt. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde wird hierzu kurzfristig Ansprechpartner beim Betreiberkonsortium (HHLA und AIDA) der Hamburger Kreuzfahrtterminals benennen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

19. Mai 2010/bsu19

Vorbildlich erneuert

Auslobung des Hamburger Architekturpreises 2010 für energetische Modernisierung

Mit rund 750.000 Wohneinheiten stammen ca. 85% des Gesamtbestandes Hamburgs aus der Zeit vor 1978. Deren energetische Modernisierung wird seit Jahren von der „Initiative Arbeit & Klimaschutz“ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorangetrieben. Diese Sanierung leistet einen erheblichen Beitrag Klimaschutz und trägt dazu bei, für Mieter und Eigentümer die Nebenkosten auf Dauer deutlich zu senken. Modernisierungen sind besonders unter den strengen Vorschriften des Denkmalschutzes eine große Herausforderung für die Arbeit von Architektinnen und Architekten. Gelungene Sanierungsbeispiele von älteren Gebäuden verdienen daher größtmögliche Öffentlichkeit.

Jetzt zum fünften Mal lobt die „Initiative Arbeit und Klimaschutz“ in Kooperation mit dem Bund Deutscher Architekten und Architektinnen BDA Hamburg daher den „Architektur Preis 2010- Zukunft im Bestand“ aus. Ausgezeichnet werden zukunftsweisende Lösungen, die architektonisch vorbildlich und energetisch besonders effizient sind.

Teilnahmeberechtigt sind Architektinnen und Architekten, auch gemeinsam mit ihren Bauherren. Eingereicht werden können modernisierte Gebäude oder Gebäudegruppen aus den Bereichen Wohnungsbau, Büro- und Gewerbebau und des öffentlichen Bauens. Sie müssen zwischen dem 01.07.2008 und dem 30.06.2010 auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg fertig gestellt worden sein.

Es sind Preisgelder in Höhe von insgesamt 10.000 € ausgesetzt. Die ausgezeichneten Objekte werden beim Internationalen BDA ArchitekturForum 2010 im Rahmen der GET Nord, Hamburg Messe sowie im Stadtmodell Hamburg ausgestellt. Ein begleitender Katalog dokumentiert die prämierten Bauten. **Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2010.** Informationen und Auslobungsunterlagen gibt es unter www.klima.hamburg.de/architekturpreis-2010 oder www.bda-hamburg.de. Durchgeführt wird der Wettbewerb von der ACD GmbH, im Architektur Centrum, Holstenwall 24, 20355 Hamburg, T: 040-450 35 200, Fax 040-450 35 202, info@acd-hamburg.de.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

26. Mai 2010/hc26

Der Masterplan für die östlichen Quartiere der HafenCity ist überarbeitet

Seit zehn Jahren erleben die Hamburger eine Stadt im Werden: An der Elbe entsteht mit der HafenCity eine neue City mit maritimem Flair, die Arbeiten und Wohnen, Kultur und Freizeit, Tourismus und Einzelhandel miteinander verbindet. Im überwiegend fertig gestellten Westen ist die HafenCity bereits ein lebendiger Ort, im Zentrum ist sie überwiegend im Bau. In ihrem östlichen Teil ist sie noch Planungsgebiet, das ab 2011 in die Entwicklung gehen soll. Der Masterplan aus dem Jahr 2000 ist nun auch für die östlichen Quartiere überarbeitet worden. Die HafenCity ist somit erstmals bis zu ihrer östlichen Spitze zu Ende gedacht - dieser wichtige Schritt für die künftige Entwicklung soll in den kommenden Wochen und Monaten im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und erörtert werden.

Am 29. Februar 2000 beschloss der Hamburger Senat den Masterplan HafenCity, der das langfristige städtebauliche Konzept und die nutzungsbezogenen Leitlinien für die Entwicklung der einstigen Hafensflächen südlich der Hamburger Innenstadt formuliert. Die große Stärke des Masterplans ist es, dass er offen angelegt ist und die Möglichkeit bietet, ihn vor dem Hintergrund aktueller Erfahrungen und neuer Herausforderungen weiterzuentwickeln. Insbesondere für die drei östlichen Quartiere Oberhafen, Baakenhafen und Elbbrücken war der Masterplan aus dem Jahr 2000 noch nicht durchgearbeitet und für das Quartier Am Lohsepark, das „Scharnier“ zwischen zentraler und östlicher HafenCity, waren grundlegende Anpassungen nötig. Deshalb wurde die HafenCity Hamburg GmbH von ihrem Aufsichtsrat damit beauftragt, in Kooperation mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und den Verfassern des ersten Masterplanentwurfes, Kees Christiaanse mit ASTOC, eine Überarbeitung des Masterplans vorzubereiten.

Die überarbeiteten Planungen beruhen auf den besonderen Herausforderungen, die sich für eine urbane Entwicklung der

östlichen HafenCity stellen. Denn räumlich sind die drei östlichen Quartiere nicht so kompakt und nicht so gut mit der Stadt integriert wie die westliche und zentrale HafenCity. Zudem bewirken Verkehrsstrassen und deren Lärmwirkungen eine viel stärkere Abgrenzung und Belastung. Daraus ergeben sich jedoch auch besondere Chancen, den östlichen Quartieren eine eigene Identität zu geben.

Der Charakter der neuen Quartiere hängt eng mit ihrer Nutzung zusammen. Geplant ist eine Schwerpunktsetzung für den Oberhafen als Kreativ- und Kulturquartier, den Baakenhafen als Wohn- und Freizeitquartier und das Quartier Elbbrücken als Wohn- und zentraler Geschäftsstandort.

Das **Quartier am Lohsepark** gehört zwar zur zentralen HafenCity, stellt aber eine wichtige Schnittstelle zwischen der zentralen und östlichen HafenCity dar. Mit der 4 Hektar großen Parkanlage erhält das Quartier einen besonders grünen Charakter und bietet Freizeit- und Spielflächen für Bewohner, Beschäftigte und Besucher. Von besonderer Bedeutung ist der im Park entstehende Gedenkort mit Dokumentationszentrum, der vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse über die Deportation von mindestens 7.692 Juden, Sinti und Roma während des Zweiten Weltkriegs neu überdacht wurde. Eine Primarschule sowie eine weiterführende Schule werden südöstlich des Parks entstehen. Darüber hinaus sind vor allem Wohn- und Bürogebäude sowie Sondernutzungen (z.B. Kindergärten) geplant.

Für das **Quartier Oberhafen** hatte der Masterplan ursprünglich eine gewerbliche Nutzung vorgesehen. Jetzt ist die Kernidee, mittelfristig und dauerhaft ein Kreativ- und Kulturquartier zu schaffen und mit anderen Quartieren der HafenCity zu verknüpfen. Die Entwicklung des Quartiers Oberhafen erfolgt ausgehend von den Bestandsbauten, hinzu sollen im Laufe der Zeit Neubauten kommen. Die Grundstücke werden nicht verkauft, sondern verbleiben im Eigentum des Sondervermögens Stadt und Hafen. Der Großteil der Flächen ist bis Ende 2013 vermietet, die detaillierte Konzeption für das Quartier wird im Rahmen eines intensiven Dialogprozesses erarbeitet. Im Osten sollen zudem Sportflächen für die HafenCity entstehen.

In doppelter Wasserlage an der Elbe und dem größten Hafenbecken der HafenCity besitzt das **Quartier Baakenhafen** eine besondere Lagegunst. Verschiedene Freizeit- und Sportnutzungen verleihen ihm eine übergreifende Bedeutung, darüber hinaus ist es ein urbanes Wohnquartier mit einer gemischten Nutzung durch Büro, Gastronomie

und Einzelhandel. Im Südteil wird entlang des Elbufers eine breite grüne Promenade angelegt. An der Westspitze des Quartiers entsteht neben dem weitergeführten Lohsepark ein prominentes Leitgebäude, dessen Nutzung vorerst offen bleibt. Mit gut 1.800 Wohnungen ist das Quartier das bedeutendste Wohnquartier der HafenCity.

Mit dem **Quartier Elbbrücken** entsteht ein hoch verdichteter Stadtraum, ganz im Osten sind große Türme vorgesehen. Den zentralen öffentlichen Raum bildet der Chicago Square. Das Elbbrückenquartier dient mehrheitlich für Unternehmen, Hotels, Einzelhandel und Gastronomie. In den lärmgeschützteren Lagen an Baakenhafen, Elbe und Chicago Square können nahezu 1000 Wohnungen gebaut werden. Die U4 wird zumindest bis hierher weitergeführt, zuerst unterirdisch, dann oberirdisch. Die Station Elbbrücken kann später eine Verknüpfung mit der S-Bahn und eine Haltestelle erhalten.

Die Quartiere sind nicht nur in ihren Nutzungsschwerpunkten konkretisiert worden, sondern sie sind auch in ihrer **städtebaulichen Konzeption** weiterentwickelt worden. Im Oberhafen geht die überarbeitete Konzeption nun von der Nutzung von Bestandsgebäuden aus, die mittelfristig durch preiswerte Neubauten ergänzt werden sollen. Für das Quartier Baakenhafen sind jetzt durchweg 5- bis 7-geschossige, halboffene Blockstrukturen und einige kleinere, offene Varianten vorgesehen. Im Quartier Elbbrücken sind von 6- bis 7-geschossigen Blöcken, 14-geschossigen Solitären bis zu einem ca. 40-geschossigen Turmcluster an der östlichen Spitze unterschiedliche Typen geplant.

Neue Ideen prägen auch die **Gestaltung der öffentlichen Freiräume** der östlichen HafenCity: Große und kleine Plätze und eine Vernetzung der Orte stärken die urbane Raumintegration. Der grüne Charakter der HafenCity wird durch die neuen Planungen erheblich intensiviert. Der baumbestandene Lohsepark wird über den Baakenhafen hinweg auf der südlichen Halbinsel weitergeführt. Der Baakenhafen selbst wird stärker gegliedert und bekommt durch eine Aufschüttung in der Mitte eine 1,5 Hektar große Spiel- und Freizeitfläche sowie mehrere Querungen für Fußgänger und Radfahrer. Neben der Südpromenade an der Elbe, die eine Brückenverbindung nach Entenwerder erhält, wird eine 20 Meter breite grüne Uferzone angelegt. Insgesamt wird der öffentliche und grüne Charakter der HafenCity gestärkt. Die öffentlichen Freiflächen erhöhen sich von 24 auf 27 Hektar, die Uferlinie am Wasser erhöht sich von knapp 10 Kilometer auf 10.5 Kilometer.

Damit kann die östliche HafenCity durch den überarbeiteten Masterplan auch **ein hervorragender Standort für Wohnen** werden. Wohnen wird in der östlichen HafenCity jetzt auch an Standorten möglich sein, die bisher wenig dafür geeignet waren. Auch die Zahl der Wohnungen insgesamt steigt. In den Quartieren Baakenhafen und Elbbrücken können zusammen 2.800 entstehen; die Zahl der Wohnungen in der HafenCity insgesamt wächst von 5.500 auf 5.800. Gleichzeitig erhöht sich die Zahl der möglichen Arbeitsplätze in der HafenCity von 40.000 auf deutlich über 45.000, nicht nur durch Büroarbeitsplätze, sondern auch durch Arbeitsplätze in den Bereichen Freizeit, Einzelhandel, Gastronomie und Hotel. Die Überarbeitung des Masterplans stärkt somit auch die originäre City-Funktion der HafenCity.

Nicht zuletzt wachsen die **Umweltqualitäten der HafenCity**, und die Standards der westlichen Quartiere werden in den östlichen sogar noch gesteigert. Grundlagen dafür bilden die bereits 2009 erfolgte Festlegung für eine nachhaltige Wärme-energieversorgung auf Basis regenerativer Energiequellen und der geplante hohe Anteil zertifizierter Gebäude nach dem Goldstandard des HafenCity Umweltzeichens. Mit der Weiterführung der U-Bahn nach Osten ist außerdem eine nachhaltige und leistungsfähige Verkehrsanbindung geplant. Die städtebauliche Struktur an der Versmannstraße wurde so überarbeitet, dass sie vom Straßenlärm abpuffert.

Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und Aufsichtsratsvorsitzender der HafenCity Hamburg GmbH:

„Die HafenCity setzt für die Zukunftsentwicklung der Hansestadt wesentliche Impulse und gilt auch international als Modell für die zeitgemäße Weiterentwicklung der Europäischen Stadt. Nach der sichtbar erfolgreichen Entwicklung der westlichen und zentralen HafenCity sind mit der Masterplanüberarbeitung nun auch die Weichen für den zweiten großen Teil der HafenCity gestellt. Die östlichen Quartiere haben eine eigene Identität bekommen und gestalten den Charakter der HafenCity dadurch noch vielfältiger. Der Wohnanteil der HafenCity kann durch die neuen Planungen insgesamt gesteigert werden. Und die bereits sehr hohen Nachhaltigkeits-Standards der westlichen HafenCity werden in der östlichen HafenCity sogar noch übertroffen.“

Anja Hajduk, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:

„Mit dem Masterplan östliche HafenCity setzen wir die positive Entwicklung des neuen Stadtteils bis zu den Elbbrücken fort und passen diese den aktuellen Bedürfnissen an. Die HafenCity wird mit einem stärkeren Gewicht auf Wohnen, Kultur, Sport und Grünflächen bunter und grüner. Wir greifen insbesondere den Wunsch nach innerstädtischem Wohnen auf. Hierzu gehört eine hohe Aufenthaltsqualität, ein guter ÖPNV Anschluss und Raum für eine kreative Entwicklung. Wir wollen die HafenCity weiter zu einem lebendigen Stadtteil entwickeln und sind daher gespannt auf die öffentliche Diskussion des neuen Masterplans.“

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH:

„Mit der Masterplanüberarbeitung haben nun auch die östlichen Quartiere große Potenziale, an die hohe städtebauliche und nutzungsbezogene Qualität der westlichen HafenCity anzuknüpfen. Gleichzeitig bieten die neuen Planungen die Chance, im Osten der HafenCity Quartiere mit ganz eigenen Charakteren herauszubilden und viele neue Ideen und Konzepte zu verwirklichen. Die HafenCity ist nun bis an ihr östliches Ende an den Elbbrücken durchdacht, und die Voraussetzungen für eine zügige Realisierung auch des zweiten großen Teils der HafenCity sind geschaffen. Der Baubeginn auf den ersten Baufeldern am Baakenhafen wird schon ab 2012 erfolgen können.“

Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:

„Hamburg hat mit der HafenCity die einmalige Chance wahrgenommen, urbanes Leben mitten in der Innenstadt zu entwickeln. Mit dem Masterplan für die östliche HafenCity wird die City-Funktion dieses neuen Stadtteils am Wasser weiter ausgebaut. Hier entsteht ein lebendiges Quartier, das städtebaulich und ökologisch vorbildlich ist und zu Recht international hohe Aufmerksamkeit genießt. Ich freue mich, dass diese beispielgebende Entwicklung für die östliche HafenCity konsequent weiterentwickelt wird.“

Pressekontakt:

Susanne Bühler, HafenCity Hamburg GmbH, Tel: 37 47 26-14

21. Mai 2010/bsb21

Richtigstellung der Behörde für Schule und Berufsbildung

Behauptungen über "Heimlichkeiten" und "Gewissensprüfungen" bei der Besetzung von Schulleiterstellen sind falsch

In einer heutigen Mail behauptet die Initiative gegen die Schulreform "Wir wollen lernen", die Behörde besetze "heimlich und unter Ausschluss der schulischen Gremien" die Schulleiterstellen für Primar- und Stadtteilschulen, nachdem angeblich eine "Gewissens- und Loyalitätsprüfung" durchgeführt worden sei. Außerdem würden die Namen geheim gehalten und die Schulleitungen über ihre berufliche Zukunft im Unklaren gelassen.

Jede einzelne dieser Behauptungen ist falsch.

Die heute bestehenden Schulen haben bereits Schulleiter und Schulleiterinnen, die Primar- und Stadtteilschulen sind keine Neugründungen, sondern Umwandlungen von Schulen. Eine Behörde ist verpflichtet, ihr heutiges Leitungspersonal amtsangemessen einzusetzen, ein Ausschreibungsverfahren ist deshalb nicht sinnvoll und auch nicht geboten. Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat mit allen Hamburger Schulleitungen der bestehenden Grundschulen und der Schulen, die zu Stadtteilschulen fusionieren, Gespräche geführt um zu erfahren, welche Vorstellung diese über ihren künftigen Leitungseinsatz haben.

In den meisten Fällen konnten sich Schulaufsicht und Schulleiter einvernehmlich einigen, bei Konflikten gab es erneute Gespräche mit einem anderen Partner auf Behördenseite, in der Regel der Abteilungsleitung. Eine interne Dokumentation dieser Gesprächsergebnisse liegt vor und wird als Überblick regelmäßig dem Personalausschuss der Deputation vorgestellt. Selbstverständlich werden auch die Schulleitungen informiert über die beabsichtigte zukünftige Leitungsverwendung.

Da es erst zum neuen Schuljahr ab 01.08.2010 in Hamburg Primarschulen und Stadtteilschulen geben wird, können diese also auch erst zu diesem Zeitpunkt eine Leitungen erhalten.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

21. Mai 2010/bsb21a

Starterschulen stellen ihre Arbeit vor Reportagen und ein Film über Starterschulen jetzt im Internet

Ob individualisierter Unterricht, ein Sprachenkarussell mit Spanisch, Latein und Französisch in Jahrgangsstufe vier oder Integration – in den 24 Starterschulen in Hamburg ist vieles was die Schulreform ausmacht bereits gelebter Schulalltag.

Unter www.schulreform.hamburg.de/reportagen stellen die Starterschulen Grumbrechtstraße, Maretstraße, Kapellenweg, Quellmoor und Langbargheide nun ihre Arbeit vor. In Reportagen, Interviews und einem Film berichten Schulleitungen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler über ihren Unterrichtsalltag. Weitere Starterschulen werden folgen.

Zum kommenden Schuljahr 2010/11 werden 24 Starterschulen in Hamburg mit der vierten und der fünften Jahrgangsstufe als Primarschule starten. Sie zeigen dabei als erste, wie das längere gemeinsame Lernen praktisch funktioniert. Dabei haben sie in der Regel besondere Profile zu bieten wie z. B. jahrgangsübergreifendes Lernen, Integrationsklassen und integrative Regelklassen, enge Kooperationen mit Kindertagesstätten, Begabtenförderung oder die Teilnahme am Schulversuch „alles>>können“.

Voraussetzung für eine Bewerbung als Starterprimarschule war, dass ausreichend Eltern Interesse am gemeinsamen Lernen ihrer Kinder bis einschließlich Klasse 6 hatten, um mindestens zwei Parallelklassen bilden zu können.

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung
T: (040) 428 63 20 03
Email: brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

25. Mai 2010/bsb25

Senat konkretisiert Finanzierung der Schulreform

970 neue Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen und besserer Unterricht

Der Senat hat heute eine Mitteilung an die Bürgerschaft beschlossen, mit der die Finanzierung der Schulreform konkretisiert und für die Jahre 2010 bis 2016 dargestellt wird.

„Andere reden von Kürzungen im Bildungsbereich, die Freie und Hansestadt Hamburg investiert massiv in ihre Schulen für bessere Chancen der jüngeren Generation. Mit 74 Millionen Euro im Jahr schaffen wir kleinere Klassen, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer und sehr gute Rahmenbedingungen für längeres gemeinsames Lernen und besseren, individualisierten Unterricht. Wir wollen die beste Bildung für alle Hamburger Kinder möglich machen“, sagt Bildungssenatorin Christa Goetsch.

Dabei geht es zunächst um die im Regierungsprogramm festgelegten und im Schulgesetz bereits im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen, deren Kosten sich nach vollständiger Einführung der Schulreform in allen Jahrgängen auf jährlich 27,934 Millionen Euro belaufen. Dazu kommt die erneute Verkleinerung der Klassen in der Primarschule auf 23 und auf 19 Schülerinnen und Schüler in KESS 1 und KESS 2 Schulen, die Abschaffung des Büchergeldes und weitere Maßnahmen, die die Bürgerschaft am 9. März 2010 beschlossen hat. Diese Kosten beginnen im Jahr 2010 mit 13,289 Millionen und wachsen bis zum Jahr 2016 auf dauerhaft 45,974 Millionen Euro im Jahr auf. Dabei kann unterschieden werden zwischen Kosten, die unmittelbar durch die Klassenverkleinerung entstehen und Kosten, die sich mittelbar daraus ergeben wie etwa Mehrkosten für den Schwimmunterricht oder das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“.

Die Kosten verteilen sich wie folgt über die Jahre 2010 bis 2016 (in Tausend Euro)

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Regierungsprogramm	8.610	25.142	34.026	35.162	31.329	29.234	27.934
Schulgesetzänderung v. 9.3.2010	13.289	26.375	34.045	34.288	37.709	42.515	45.974
<i>davon unmittelbar</i>	<i>11.304</i>	<i>16.848</i>	<i>21.299</i>	<i>24.191</i>	<i>27.634</i>	<i>31.999</i>	<i>34.597</i>
<i>davon mittelbar</i>	<i>1.985</i>	<i>9.527</i>	<i>12.746</i>	<i>10.097</i>	<i>10.075</i>	<i>10.516</i>	<i>11.377</i>
Summe							73.908

Bis zum Jahr 2016 werden insgesamt 970 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, zwei Drittel davon werden für kleinere Klassen und neue Ganztagschulen eingesetzt (557 für kleinere Klassen, 97 für Ganztagschulen). Dazu kommen Stellen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Unterricht und die Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals.

- So wird die Lehrerausstattung der bisherigen Haupt- und Realschulen sowie der bisherigen Gesamtschulen mit Einführung der Stadtteilschule aufgestockt, um individualisierten Unterricht für die heterogene Schülerschaft dieser Schulen zu ermöglichen.
- Die Lehrerausstattung der 4., 5. und 6. Klassen in der Primarschule wird gegenüber heute verbessert, weil ab der 4. Klasse verstärkt Fachunterricht gegeben werden soll.
- Die Vorschulklassen werden verkleinert und an die Klassengröße der Primarschule angepasst.
- Die Lehrerausstattung der Oberstufe der Stadtteilschulen wird an diejenige der Gymnasien angepasst.
- Die Sprachförderung in den 5. und 6. Klassen wird ausgeweitet.

Für die Einführungsphase der Schulreform wird zusätzliche Unterstützung an die Schulen gegeben:

- Für Unterrichtsentwicklung, Teambildung und Fortbildung erhalten die Schulen zwischen 2010 und 2014 bis zu 133 Stellen im Jahr.

- Zur Vermeidung von Klassenwiederholungen werden den Schulen jeweils 25 Stellen in den Schuljahren 2010/11 bis 2013/14 zur Verfügung gestellt.

Dazu kommt unter anderem:

- Die Ausbildung von neuen Lehrerinnen und Lehrern wird ausgeweitet. Zwischen November 2010 und Mai 2013 werden 10 zusätzliche Hauptseminare mit jeweils 45 Referendarinnen und Referendaren eingerichtet, so dass insgesamt zusätzlich 450 Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden.
- Die Berufseinstiegsphase der neuen Lehrerinnen und Lehrer wird besser ausgestattet.
- Die Schulleitungen werden in der Einführungsphase entlastet.
- Die Schulsekretariate werden entsprechend der höheren Zahl der Klassen pro Schule ausgebaut.
- Für den Ausbau der Schulinspektion, die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Schulreform werden ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.
- Das Büchergeld wird abgeschafft.

Die Finanzierung der bereits seit längerem geplanten Mehrausgaben aufgrund der Reform erfolgt aus Rückstellungen, die schon bisher im Haushalt veranschlagt sind.

Die zusätzlichen Ausgaben, die sich aus der fraktionsübergreifenden Verständigung zur Änderung des Schulgesetzes vom März 2010 ergeben, werden für das Jahr 2010 finanziert durch Entnahme aus dem Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds Hamburg. Die Mehrkosten für die Jahre ab 2011 werden im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Haushaltsaufstellung berücksichtigt.

Die heute vom Senat beschlossene Mitteilung wird nun an die Bürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung weitergeleitet.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

30. Mai 2010/bsb30

10 Jahre Staatliche Jugendmusikschule am Mittelweg

Christa Goetsch lädt zum Senatsempfang

Anlässlich des 10. Jubiläums des Michael Otto Hauses der Jugendmusikschule begrüßte **Bildungsministerin Christa Goetsch** die Kultursenatorin Prof. Dr. Karin von Welck, Herrn Dr. Michael Otto sowie Vertreter der Jugendmusikschule und etwa 400 weitere Gäste zu einem Senatsempfang in Räumlichkeiten des Norddeutschen Rundfunks.

In ihrer Festrede sagte Senatorin Christa Goetsch: „Unser Ziel ist es, jedes Hamburger Kind und jeden Hamburger Jugendlichen musikalisch zu bilden. Dazu wollen wir an den betreuten Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien mehr Zeit für Unterricht mit Lehrkräften der Jugendmusikschule einrichten.“ Die Schulleiterin der JMS Claudia Draser griff dieses Ziel auf: „Als Partner der Schulreform setzen wir dieses Ziel gerne mit der Bildungsbehörde gemeinsam um.“

Dr. Michael Otto sagte: „Die vielfältigen Möglichkeiten, die die Jugendmusikschule Hamburg anbietet, fördern nicht nur die geistigen und kreativen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, sondern auch ihre emotionale und soziale Intelligenz. Musik ist damit auch ein Baustein für unsere Zukunft.“

Auf dem Senatsempfang wurden die Entstehungsgeschichte des Michael Otto Hauses, die bildungspolitische Bedeutung sowie die zukünftige Entwicklung der JMS gewürdigt und weiter geführt. Prominente Hamburger, wie die Intendantin der Staatsoper Simone Young und Prof. Elmar Lampson ([Präsident der Hochschule für Musik und Theater](#)) hoben in einem Videotrailer die große Bedeutung der JMS für Hamburg hervor. Für den festlichen Rahmen sorgten das Jugendsinfonieorchester „YouMe“, die BigBand „Think Big“ sowie der Mädchenchor der Jugendmusikschule.

Vor zehn Jahren bezog die Staatliche Jugendmusikschule Hamburg (JMS) ihre Zentrale am Mittelweg. Der Bau wurde von der Hamburger Bürgerschaft unterstützt und dank einer großzügigen Spende von Dr. Michael Otto ermöglicht. Das Gebäude trägt seither seinen Namen. Es hat mit seiner markanten Architektur das Bild der JMS in der Öffentlichkeit entscheidend geprägt, Kräfte gebündelt und sie nach innen und außen gestärkt. Um

Hamburg zur Modellregion für die Kinder- und Jugendkultur auszubauen, ist die JMS ein wichtiger Partner.

Die Staatliche Jugendmusikschule Hamburg

Die JMS feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum am Mittelweg. Sie ist die mit Abstand größte schulische Einrichtung für Kinder und Jugendliche in Hamburg und zugleich die größte Musikschule Deutschlands. Sie erweitert und verändert sich seit nunmehr 80 Jahren lebendig. Rund 15.000 Schülerinnen und Schüler werden zurzeit in der JMS von 325 Lehrerinnen und Lehrern in Räumen von rund 160 Staatlichen Schulen Hamburgs und in der Zentrale der JMS am Mittelweg unterrichtet. Die Organisation der JMS wird aus sieben Stadtbereichszentralen heraus gesteuert. So werden wöchentlich 3.500 Unterrichtsstunden erteilt, um den Schülerinnen und Schülern eine Mitwirkung in 100 Instrumentalgruppen Orchestern, Bands, Chören, Tanzgruppen und Projekten zu ermöglichen. Ergebnis: Ein buntes Programm mit jährlich über 100 Konzerten und anderen Veranstaltungen. Für alle diese Aktivitäten und das Zusammenspielen von Kindern und Jugendlichen, die Spaß am aktiven Musizieren haben, wird zum März 2011 eine zentrale Aufführungsstätte gebaut.

Interessierte Medienvertreter können druckfähiges Bildmaterial direkt in der Geschäftsstelle der Jugendmusikschule anfordern. Bitte wenden Sie sich an: Karen Krienke, Staatliche Jugendmusikschule Hamburg, Tel: (040) 42801 - 4123, Email: karen.krienke@bsb.hamburg.de

Rückfragen

Melanie Nickel

stellv. Pressesprecherin der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3497

F: (040) 427 966 - 148

E: melanie.nickel@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

www.schulreform.hamburg.de

17. Mai 2010/bsg17

Gemeinsam besser arbeiten

Das Integrationsamt lobt Prämien für Betriebe aus, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Behinderungen vorbildlich eingliedern

Ein Baustein zu einem erfolgreichen Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Menschen ist das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Mit der Verleihung von Prämien sollen nun Betriebe und Unternehmen ausgezeichnet werden, die das betriebliche Eingliederungsmanagement sehr engagiert betreiben. Bis zu 10.000 Euro sind pro Unternehmen möglich.

Die Grundlage für das betriebliche Eingliederungsmanagement legt § 84 im neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX). Sinn des BEM ist zum einen, bei ersten Anzeichen mit Präventionsmaßnahmen einer möglichen Arbeitsunfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorzubeugen. Zum anderen soll es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit körperlichen Einschränkungen durch gezielte Hilfen und Leistungen möglich gemacht werden, ihren Wunschberuf auszuüben, beziehungsweise nach schwerer Krankheit oder einem Unfall weiter ihrer gelernten Tätigkeit nachgehen zu können.

„Ich weiß, dass viele Betriebe und Unternehmen in Hamburg schon jetzt sehr vorbildlich im Bereich des betrieblichen Eingliederungsmanagements tätig sind“, sagt **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Sie zeigen damit, dass Menschen mit Behinderungen erfolgreich in Arbeitsprozesse integriert werden können – wenn man es richtig anstellt. Dieses Engagement für die Eingliederung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einem Handicap ist enorm wichtig, deshalb wollen wir das BEM weiter fördern und schreiben jetzt diese Prämien aus.“

„Ich bin davon überzeugt, dass diese Prämierung viele erfolgreiche Beispiele in die Öffentlichkeit tragen wird“, sagt **Antje Blumenthal**, Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg. „Eine Öffentlichkeit, von der die behinderten Menschen in unserer Stadt profitieren. Diese Prämierung wird aber auch zeigen, wie viel hier in den vergangenen Jahren Positives auf den Weg gebracht worden ist. Deshalb

möchte ich Sie herzlich dazu aufrufen, sich für die Prämie zur Einführung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements zu bewerben.“

Voraussetzung für Betriebe und Unternehmen, die sich für eine der Prämien bewerben, ist neben dem außerordentlichen Engagement im Eingliederungsmanagement zum Beispiel, dass sie die Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte von fünf Prozent erfüllt haben oder aber spürbare Maßnahmen zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ergreifen. Für die Bewerbung ist außerdem wichtig, dass die Betriebe und Unternehmen ihr BEM immer wieder einer kritischen Beobachtung unterziehen und die Maßnahmen weiter verbessern. Bewerbungsschluss ist am 30. September, alle Informationen zu den Anforderungen für die Vergabe der Prämien sind im Internet auf der Seite des Integrationsamtes zu finden – www.hamburg.de/integrationsamt.

Welche Betriebe und Unternehmen letztlich mit einer Prämie bedacht werden, entscheidet der Beratende Ausschuss für behinderte Menschen beim Integrationsamt in Abstimmung mit der Senatskoordinatorin für behinderte Menschen in Hamburg. Der Beratende Ausschuss kann bis zu drei prämiierungswürdige Betriebe oder Unternehmen bestimmen. Dabei werden die eingereichten Unterlagen zur Umsetzung des BEM und die daraus resultierenden positiven Ergebnisse verglichen. Es werden im Einzelfall Prämien in Höhe von bis zu 10.000 Euro vergeben.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle, Julia Seifert Tel.: 040 - 42863-2889 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de	Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler Tel.: 040 - 42863-5723, E-Mail: frauke.prenzler@bsg.hamburg.de
---	---

25. Mai 2010/bsg25

35,3 Mio. Euro mehr für Kitas

Senat beschließt mehr Geld für den Ausbau der Kindertagesbetreuung im Jahr 2010

Die Kindertagesbetreuung in Hamburg wächst weiter: Für 2010 geht die Familienbehörde von rund sieben Prozent mehr betreuten Kindern (+ 4.350 Kinder) im Kita-Gutschein-System aus als im Beschluss des Doppelhaushaltes 2009/2010 im Jahr 2008 erwartet wurde (Prognose 2010 insgesamt: 67.900 Kinder). Hinzu kommen die kürzlich mit den Kitas geschlossenen Vereinbarungen zur Refinanzierung der besseren Bezahlung der Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sowie einer Erhöhung der Sachkostenpauschalen (+ 10,2 Mio. Euro). Die Mehrausgaben 2010 liegen bei rund 44 Millionen Euro. Davon bringen die Eltern rund 8,7 Mio. Euro durch die Anpassung des Essensgeldes und der Kita-Beiträge auf. Rund 35,3 Mio. Euro der zusätzlichen Kosten übernimmt die Stadt aus Mitteln des Konjunktur-Stabilisierungsfonds, also aus der Kreditaufnahme zur Abfederung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Eine entsprechende Drucksache hat der Senat heute an die Bürgerschaft zur Entscheidung übersandt.

„Gerade in der Krise müssen wir die Chancen für die jüngere Generation durch frühe Förderung ausbauen. Das Gleiche gilt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Eltern im Berufsleben aktiv sein können“, so **Sozial- und Familiensenator Dietrich Wersich** nach der Senatssitzung. „Mit dem Beschluss hat der Senat die entscheidende Rolle einer guten Kinderbetreuung als wesentliches Merkmal einer familienfreundlichen Stadt bekräftigt und gezeigt, dass nicht nur Elternbeiträge steigen, sondern auch zukünftig der Löwenanteil aus allgemeinen Steuermitteln getragen wird. Zum anderen zeigen die Zahlen, dass die Nachfrage nach Kita-Plätzen und nach längeren Betreuungszeiten stetig wächst. Die Eltern in Hamburg schätzen also unser Angebot, das bis zu zwölf Stunden Kinderbetreuung täglich garantiert und damit bundesweit weiter vorbildlich ist.“

Mehr Kinder, längere Betreuung

Die deutlichsten Steigerungen gibt es bei den Hortkindern: Die Prognose für das Jahr 2010 liegt um etwa 3.800 betreute Hort-Kinder über dem Planwert (+ 27%). Dabei wird bereits berücksichtigt, dass ab dem Beginn des Schuljahres 2010/11 die Hortbetreuung für

Schulkinder bis zum Abschluss der sechsten Klasse angeboten wird und nicht mehr bis zum vollendeten 14. Lebensjahr (Ausnahme sind Kinder mit Behinderungen).

Darüber hinaus werden im Elementarbereich entgegen dem Ausgangswert voraussichtlich rund 3.900 Kinder mehr ganztags und dafür etwa 3.200 weniger halbtags betreut. Diese Zahlen zeigen, dass sich eine mehr als halbtägige Berufstätigkeit beider Eltern bzw. von Alleinerziehenden mit jungen Kindern als fester Bestandteil in der Lebensverlaufsplanung der Familien in Hamburg etabliert hat.

Der Krippenausbau dagegen wird sich praktisch wie geplant vollziehen (-100 Kinder bzw. - 1%) – trotz der Verschiebung der für den August 2010 geplanten vorgezogenen Einführung eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder ab zwei Jahren bis zum Jahr 2013. Die Zahl der Kinder, die in der Krippe betreut werden, ist auch in diesem Jahr schon durch den Hamburger Rechtsanspruch für Unter-Dreijährige zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern stark ansteigend (+ 10,2 Prozent).

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

27. Mai 2010/bsg27

Spezialisierte Palliativversorgung in den eigenen vier Wänden

Gesundheitssenator Dietrich Wersich begrüßt den Aufbau von ambulanten Palliativ Care Teams in Hamburg

Unheilbar kranke Menschen mit einer begrenzten Lebenserwartung benötigen eine besondere Versorgung und Betreuung. Die meisten wünschen sich, die letzte Zeit in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Bislang stand eine solche ambulante Versorgung durch so genannte Palliativ Care Teams (PCTs) aufgrund schwieriger Abrechnungsmodalitäten aber nicht allen Betroffenen zur Verfügung. In Hamburg haben nun Krankenkassen und PCTs einen Vertrag geschlossen, der diese qualifizierte Betreuung in der Hansestadt sicher stellt. Hamburg ist damit das erste Bundesland, in dem ein solcher Abschluss gelungen ist. Realisiert werden sollen für Hamburg mittelfristig acht Palliativ Care Teams sowie ein Team speziell für die Versorgung von Kindern. Fünf Teams für Erwachsene haben bereits die Arbeit aufgenommen.

„Es freut mich sehr, dass mit den heute vorgestellten Vertragsabschlüssen in Hamburg flächendeckend die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung eingeführt werden kann“, so **Gesundheitssenator Dietrich Wersich**. „Nachdem wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen hatten, ist damit der fehlende Baustein zur Realisierung ergänzt. Die Palliativ Care Teams können nun ihre Arbeit zum Wohle der schwerstkranken Menschen in unserer Stadt unter verbindlichen Bedingungen fortführen und ausbauen und so dem Wunsch der Betroffenen nach einer Versorgung und Betreuung in den eigenen vier Wänden nachkommen.“

Seit April 2007 haben gesetzlich Versicherte gemäß § 37b Sozialgesetzbuch V (SGB V) einen Anspruch auf Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV). Bisher konnten Leistungen der SAPV jedoch nur in Einzelfällen mit den Kostenträgern abgerechnet werden. Bundesweit hat es eine verzögerte Einführung bei der Umsetzung dieser neuen Versorgungsform gegeben. Um die Umsetzung in Hamburg voranzutreiben, hatte die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) die rechtlichen und steuerlichen Folgen verschiedener Rechtsformen der künftigen PCTs prüfen und einen Mustervertrag entwerfen lassen. Das Hamburger Gutachten ist das erste, das sich der

Prüfung der möglichen Rechtsformen und steuerlichen Auswirkungen für die künftigen Leistungserbringer der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung annimmt.

Damit wurde die Grundlage geschaffen, dass sich in Hamburg Pflegedienste, Ärztinnen und Ärzte zu PCTs zusammenschlossen. Diese ermöglichen eine intensive und umfassende Versorgung Schwerstkranker in der vertrauten Umgebung. Die PCTs koordinieren den Versorgungs- und Betreuungsbedarf des Einzelnen, erbringen Leistungen und ziehen bei Bedarf weitere Kräfte, wie zum Beispiel Ehrenamtliche und Physiotherapeuten, hinzu.

Die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung wird das in Hamburg bereits sehr gute Versorgungsangebot mit Palliativeinheiten in Krankenhäusern, stationären Hospizen für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene, ambulanten Palliativ- und Hospizdiensten, spezialisierten Pflegediensten, Beratungsstellen, der seit 2007 bestehenden Koordinierungsstelle Hospiz & Palliativarbeit und der engagierten Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nachhaltig ergänzen.

Gesundheitssenator Wersich: „Ich möchte mich besonders bei den Akteuren bedanken, die diesen Durchbruch in Hamburg ermöglicht haben. Denn statt sich in ruinöser Konkurrenz aufzureiben ist es ihnen gelungen, bereits bestehenden Sachverstand und Engagement über ein gemeinsames Vorgehen in die neuen Angebote überzuleiten.“

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 63 - 34 78, Fax: 428 63 - 38 49;
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bsg

18. Mai 2010/bwf18

Katholische Theologie kommt an die Universität Hamburg

Vertrag zwischen dem Vatikan und der Hansestadt unterzeichnet

Neben dem Fachbereich Evangelische Theologie wird es zukünftig an der Hamburger Universität eine Ausbildungsstätte für Katholische Theologie und Religionspädagogik mit einem eigenen Lehrstuhl geben. Einen entsprechenden Vertrag haben der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Jean-Claude Périsset, Titularerzbischof von Iustiniana prima, und Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach heute im Rathaus unterzeichnet. Für das Erzbistum Hamburg nahm Erzbischof Dr. Werner Thissen an der Unterzeichnung teil, die Universität Hamburg war mit Vizepräsident Prof. Dr. Holger Fischer vertreten.

Gemeinsames Ziel der Katholischen Kirche und der Hansestadt Hamburg ist es, die Pflege und Entwicklung der Katholischen Theologie in Gemeinschaft mit anderen Wissenschaften zu fördern. Der Vertragsabschluss soll auch ein Fundament dafür bilden, dialogische Fragen des Zusammenwirkens von Staat und Kirche bei der Vermittlung von religiöser Bildung und wissenschaftlicher Ausbildung zu klären.

Der für Hamburg historische Vertrag schafft die völkerrechtlichen Voraussetzungen, damit die Universität im Rahmen ihrer Verantwortung die Errichtung der Ausbildungsstätte vornehmen kann. Bereits im Februar 2008 hatte die Wissenschaftsbehörde gemeinsam mit der Universität und dem Erzbistum Hamburg eine erste grundlegende Vereinbarung getroffen.

Der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Jean-Claude Périsset: „Ich bedanke mich bei dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg für diesen neuen Schritt der Zusammenarbeit mit der Katholischen Kirche. Mir gefällt besonders, dass der Inhalt des Vertrages der Ausbildung „für katholische Theologie und Religionspädagogik“ dient. Für die Gesellschaft Hamburgs, in der die Katholiken ca. 12% der Bevölkerung ausmachen, ist es nicht bedeutungslos, die Bildung der zukünftigen Lehrer für die Religionslehre zu fördern, sodass die heute gestiftete Bildungsstätte ihren Einfluss langsam und stetig zugunsten der ganzen Hansestadt ausüben wird.“

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Religiöse Bildung in einer modernen Gesellschaft ist zugleich interreligiöse Bildung, die zur Toleranz und zum Dialog einlädt. Gerade in einer Großstadt wie Hamburg mit seiner multikulturellen Gesellschaft gilt es, religiöse Vorurteile zu überwinden und Unkenntnisse abzubauen. Es ist Aufgabe von Hochschulen und Kirche, die Ausbildung derjenigen sicher zu stellen, die religiöse Bildung vermitteln. Mit dem heutigen Vertragsabschluss schaffen wir die Grundlagen für eine Ausbildungsstätte, die die Katholische Kirche und die Universität Hamburg und damit auch die Hansestadt Hamburg näher zusammen bringen wird. Mein Dank gilt insbesondere der Universität Hamburg und dem Erzbistum Hamburg, die den Vertrag inhaltlich vorbereitet haben.“

Erzbischof Dr. Werner Thissen zur Vertragsunterzeichnung: „Ich freue mich, dass wir mit der heutigen Vertragsunterzeichnung einen weiteren wichtigen Schritt hin zur Einrichtung des Faches Katholische Theologie an der Universität Hamburg gehen. Die Einführung des Studiengangs in Hamburg sichert den grundgesetzlichen Auftrag zur Erteilung des Religionsunterrichts an den Schulen. Das Fach Katholische Theologie wird besonders mit der evangelischen Fakultät zusammenarbeiten und im Dialog mit anderen Wissenschaften stehen. Die Theologie weiß sich der Aufgabe verpflichtet, ihren Beitrag zum Wertebewusstsein in unserer Gesellschaft zu leisten“.

Der Vertrag zwischen dem Vatikan und der Freien und Hansestadt Hamburg sieht vor, dass die Stadt Hamburg in Abstimmung mit der Universität Hamburg die Errichtung eines Instituts für Katholische Theologie und Religionspädagogik an der Universität gewährleistet. An dem Institut sollen Lehrer für das Unterrichtsfach Katholische Religion an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie für andere Berufsfelder ausgebildet werden. Hierfür sieht der Vertrag die Errichtung des Studiengangs Lehramt an Primar- und Sekundarstufe I vor. Der Studiengang sowie die Studien- und Prüfungsordnung werden im Einvernehmen mit dem Erzbischof von Hamburg entwickelt.

Die Universität Hamburg stellt die notwendige Ausstattung mit Sachmitteln sowie die räumliche Unterbringung sicher. Über die Mitbenutzung von Ressourcen des Erzbistums Hamburg – einschließlich der Bibliothek – wird eine gesonderte Vereinbarung geschlossen.

Zur Erfüllung der Aufgaben stellt die Stadt Hamburg der Universität Hamburg Finanzmittel für die personelle Mindestausstattung zur Verfügung: eine Stelle W3 Professur Katholische Theologie sowie je eine halbe Stelle für eine Lehrkraft für besondere Aufgaben, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter und eine Verwaltungsstelle. Im Rahmen des Hamburger Modells soll neben der Professur auch eine halbe Stelle für eine Lehrkraft für besondere Aufgaben im Bereich Erziehungswissenschaften eingerichtet werden.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Pressestelle des Erzbistums Hamburg,
Tel.: 040 24877-224, E-Mail: nielen@egv-erzbistum-hh.de

27. Mai 2010/bwf27

Bezirk soll behauptete Flächenzuwächse für die Universität in Eimsbüttel konkretisieren

Runder Tisch mit Uni und Bezirksamt geplant

In seinem Vortrag vor dem Akademischen Senat der Universität Hamburg sowie gegenüber den Medien hat der Leiter des Bezirksamts Eimsbüttel, Torsten Sevecke, wiederholt dargestellt, dass in Eimsbüttel genügend Flächen für die bauliche Entwicklung der Universität Hamburg zur Verfügung stünden und ein zügiger Baubeginn möglich sei.

Die Wissenschaftsbehörde hat sich daher in einem Schreiben an den Bezirksamtsleiter gewandt und ihn gebeten, der Behörde präzise Informationen zu den Vorschlägen des Bezirks für die bauliche Entwicklung der Universität zukommen zu lassen. Hierbei geht es der Behörde darum, detaillierte Angaben zu den Grundstücken zu erhalten, die der Bezirk für Universitätsbauten ins Auge fasst:

- Belegenheit, Größe und realisierbare Bruttogeschossfläche (BGF),
- Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse sowie zeitliche Verfügbarkeit,
- Kosten des Erwerbs und evtl. weiter anfallende Lasten,
- planrechtliche Situation nach Bebauungs-, Baustufen- oder Flächennutzungsplan sowie
- eventuelle Restriktionen für die Bebauung oder Nutzbarkeit.

Dabei muss der Bezirksamtsleiter insbesondere seine Angaben vor dem Akademischen Senat belegen, dass

- der Bezirk in der Lage sei, Flächen nachzuweisen, auf denen Erweiterungen der Universität von insgesamt 115.000 qm Hauptnutzfläche (HNF) möglich seien,
- die erforderlichen Bauten in 12 Jahren errichtet werden können,
- am Sportpark Rotherbaum eine Baumasse von ca. 30.000 qm HNF realisiert und der Universität zugleich ein Vollsportplatz mit regulärer 400-Meter-Bahn erhalten werden könne,
- der Bezirk Erweiterungsflächen für die Universität nachweisen könne, die deren Wachstum weit über 2025 hinaus abdecken könnten,
- seine Angaben auf eingehenden Prüfungen des Bezirkes beruhen und die bauplanungsrechtliche Lage die Zahlenangaben stützt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Die Universität Hamburg sowie das Bezirksamt Eimsbüttel waren bei der Erstellung der Studie von Anfang an intensiv eingebunden. Wenn jetzt Vorschläge neu in die Diskussion eingebracht werden, muss ihre Realisierbarkeit geprüft werden. Herr Sevecke ist aufgefordert, seine Behauptungen mit Fakten zu unterlegen. Damit wir möglichst schnell zu einer Bewertung der Überlegungen des Bezirks kommen können und die Entscheidung über die bauliche Zukunft der Universität nicht weiter aufgeschoben werden muss, haben wir eine Antwort innerhalb von drei Wochen erbeten.

Nicht zuletzt aufgrund des Vortrags von Herrn Sevecke hat der Akademische Senat der Universität sich gegen eine Teilverlagerung der Universität ausgesprochen. Diese Entscheidung respektiere ich, wenngleich ich für die Vorfestlegung des Akademischen Senats kein Verständnis habe.

Wenn das Bezirksamt Eimsbüttel seine Angaben aufbereitet hat, werden wir das Präsidium und die Fakultäten der Universität sowie das Bezirksamt zu einem runden Tisch einladen, um die Vorschläge des Bezirks anhand der konkreten Zahlen zu erörtern. Ich erwarte dann von der Universität eine klare und sachlich begründete Aussage zu diesen Vorschlägen. Die Diskussion allein auf die Standortfrage zu reduzieren, greift deutlich zu kurz. Mir geht es darum, der Universität eine langfristige Perspektive für ihre inhaltliche Entwicklung zu geben, eingebettet in eine Gesamtkonzeption für den Wissenschafts- und Hochschulstandort Hamburg. Bevor der Senat seinen Vorschlag präsentiert, muss geklärt werden, ob die Vorschläge des Bezirks auf einem sachlichen Fundament stehen.“

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

18. Mai 2010/bsu18

Bericht des Abendblatts zur Galerie der Gegenwart

In seiner heutigen Ausgabe berichtet das Hamburger Abendblatt über eine zeitweilige Teilschließung der Galerie der Gegenwart. In dem Artikel wird ein Mitarbeiter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zitiert, der eine Einschätzung zur Sicherheitsrelevanz der unstrittig notwendigen Baumaßnahmen (Austausch der Brandschutzklappen) in dem Gebäude gegenüber dem Hamburger Abendblatt abgegeben hatte.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt stellt wie folgt klar:

Es besteht aufgrund der fehlerhaften Brandschutzklappen ein Sicherheitsrisiko und Handlungsbedarf. Diese Einschätzung teilt auch der befragte Mitarbeiter und sieht sich in seiner Bewertung nicht korrekt wiedergegeben.

Der Betreiber einer öffentlichen Einrichtung trägt die Verantwortung für den Betrieb und die Sicherheit. Er entscheidet im Rahmen der Risikoabwägung, ob ein Weiterbetrieb bei bekannten Mängeln am Gebäude für ihn zu verantworten ist.

Die Vermieterin (IMPF) der Galerie der Gegenwart hatte die Kunsthalle mit Stand 11. Mai davon in Kenntnis gesetzt, dass nach ihrer Einschätzung der sofortige Einbau der Brandschutzklappen in der Galerie der Gegenwart und damit die Nutzungsuntersagung unerlässlich ist.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel.: 42840 – / 2058 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735
e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de
www.bsu.hamburg.de

Behörde für Kultur, Sport und Medien, Pressestelle
Tel.: 42824 – 207/ 293; pressestelle@bksm.hamburg.de

28. Mai 2010/bksm28

Ausschreibung für Norddeutschen Filmpreis läuft Projekte können noch bis zum 15. Juni eingereicht werden

Auch in diesem Jahr ehren die Landesregierungen Hamburg und Schleswig-Holstein herausragende Leistungen von norddeutschen Filmschaffenden mit dem Norddeutschen Filmpreis. Der Preis wird in den vier Kategorien „Bester Kinofilm“, „Bester Fernsehfilm“, „Bester Dokumentarfilm“ und „Bestes Drehbuch“ vergeben und ist mit insgesamt 75.000 Euro Preisgeld dotiert. Die Preisverleihung findet am 6. November 2010 bei der Filmpreisnacht im Rahmen der 52. Nordischen Filmtage Lübeck statt.

Noch bis zum 15. Juni 2010 können Produzenten, Regisseure und Autoren ihre Projekte bei der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein einreichen, die Bewerbungen entgegen nimmt und die Preisverleihung organisiert. Eingereicht werden können Projekte, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Produktionsfirma, Regisseurin/Regisseur oder Autorin/Autor stammen aus Hamburg oder Schleswig-Holstein, die Dreharbeiten haben überwiegend in Norddeutschland stattgefunden oder der Fokus des Werks liegt auf der Region Norddeutschland.
- Das Werk ist zwischen dem 16. Juni 2009 und dem 15. Juni 2010 fertig gestellt worden und wurde bis zum 31. Oktober 2010 auf einem Filmfestival oder im Kino uraufgeführt bzw. im Fernsehen ausgestrahlt.
- In der Kategorie „Bestes Drehbuch“: Das Drehbuch wurde zwischen dem 17. Juni 2009 und dem 15. Juni 2010 verfilmt. In der Realisierung befindliche Drehbücher können eingereicht werden, wenn die Dreharbeiten bis zum 15. September 2010 beginnen.

Für mehr Informationen zum Norddeutschen Filmpreis wenden Sie sich bitte bei der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein an Julia Grosch, 040 - 398 37-14, grosch@ffhsh.de oder Antje Reimer, 0431- 22 00 930, reimer@ffhsh.de.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen, Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293, Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Thomas Schunck, Pressesprecher des Ministeriums für Bildung und Kultur,
0431-9885805, pressestelle@mbk.landsh.de.

31. Mai 2010/bksm31

www.hannoverscher-bahnhof.hamburg.de

Neue Internetseite für Gedenkstätte am Lohseplatz in der HafenCity

Mit der Entwicklung der HafenCity Hamburgs stellt sich Hamburg nicht nur einer städtebaulichen Herausforderung, sondern auch einem düsteren Kapitel der Stadtgeschichte: Der ehemalige Hannoversche Bahnhof am östlichen Rand des neuen Stadtteils war zwischen 1940 und 1945 Ausgangspunkt für die Deportation von 7.962 Hamburger Juden, Roma und Sinti.

In der Erinnerung der Stadt und im Bewusstsein der Bürger war der Hannoversche Bahnhof lange in Vergessenheit geraten. Begleitet von den Opfer- und Betroffenenverbänden findet daher seit 2004 in Hamburg ein mehrstufiger offener Prozess statt, um den Hannoverschen Bahnhof als Ort des Gedenkens zurück in das Gedächtnis der Stadt zu holen. Ziel ist, eine Gedenkstätte an historischer Stelle in der HafenCity zu errichten.

All dies wird nun auf einer neuen Internetseite dokumentiert: Übersichtlich und mit unterschiedlichen Medien unterlegt, vermittelt die Website einen Überblick über die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs, die grausamen Umstände der Deportationen, die letztjährige Ausstellung „In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg zwischen 1940-1945“ sowie den Prozess zur Entwicklung einer Gedenkstätte. Die Website wird fortlaufend aktualisiert.

Senatorin von Welck: „Mit der Internetseite wollen wir den Erinnerungsprozess noch öffentlicher machen. Wir tun dies im Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Gewalt, in der Verantwortung gegenüber den Überlebenden der Deportationen und ihren Familien und in unserer Verpflichtung für die Kinder und Jugendlichen von heute.“

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

26. Mai 2010/bksm26

16 Millionen Euro für den Hamburger Sport Sportfördervertrag 2011/2012 von Stadt und Verbänden unterzeichnet

Hamburgs Sportförderung ist für weitere zwei Jahre gesichert. Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Staatsrat Dr. Manfred Jäger, HSB-Präsident Günter Ploß, HSB-Vizepräsident Peter Gründel, HFV-Präsident Dirk Fischer und HFV-Schatzmeister Volker Okun haben jetzt den entsprechenden Sportfördervertrag 2011/2012 unterzeichnet.

Aus der **Grundförderung** für Hamburger Sportbund und Hamburger Fußball-Verband in Höhe von **jährlich 6,5 Mio Euro** leistet der organisierte Sport einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung von 200.000 Euro pro Jahr. Über die Grundförderung hinaus unterstützt die Stadt den Sport in den folgenden Bereichen:

- 550.000 Euro zur Förderung der Rahmenbedingungen im Bereich Leistungssport,
- 1.050.000 Euro zur Förderung der Sanierung vereinseigener Sportanlagen,
- 100.000 Euro zur Integrationsförderung.

Zusätzlich wurden Vereinbarungen getroffen, um die Umsetzung der Förderung weiter zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Insgesamt fördert die Stadt den Sport in Hamburg 2011 und 2012 mit **16 Millionen Euro**.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck: „Der Sportfördervertrag ist ein wesentliches Instrument zur Stärkung von Breiten- und Leistungssport in Hamburgs Vereinen und Verbänden. Mit HSB und HFV haben wir verlässliche Partner, um unsere gemeinsamen Ziele umzusetzen. Der Sportfördervertrag schafft die finanzielle Grundlage, um den Sport in der Hansestadt weiterhin gezielt zu stärken. Gerade angesichts der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage ist das Verhandlungsergebnis ein großer Erfolg.“

HSB-Präsident Günter Ploß: „Wir haben ebenso fair wie hart miteinander verhandelt, um das bestmögliche Ergebnis für die Vereine und Verbände in Hamburg zu erreichen. In einer schwierigen Haushaltslage der Stadt konsolidiert der neue Sportfördervertrag die bisherige Förderung. Der HSB setzt sich unverändert mit Nachdruck dafür ein, dass die Vereine und Verbände einen größeren finanziellen Handlungsspielraum erhalten.“

HFV-Präsident Dirk Fischer: „Ich denke, wir haben in den Verhandlungen angesichts der schwierigen Haushaltslage ein gutes Ergebnis erzielt, mit dem in den Jahren 2011 und 2012 eine solide Finanzausstattung unserer Fachverbände und Vereine, die Sanierung vereinseigener Sportanlagen, die weitere Förderung von Leistungssport und die bessere Integration von Migranten erreicht werden kann.“

Die Zuwendungen an HSB und HFV sind ein wesentliches Element der Sportförderung in der Freien und Hansestadt Hamburg. Die neue Vereinbarung wird den bis Ende 2010 geltenden Sportfördervertrag ablösen. Der neue Sportfördervertrag muss noch durch die entsprechenden Organe der Sportselbstverwaltung genehmigt werden. Seitens der Freien und Hansestadt steht die Bereitstellung der Mittel unter dem Vorbehalt der endgültigen Zustimmung durch die Bürgerschaft.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

Thomas Michael
Hamburger Sportbund e.V.
040 – 41908 – 290
t.michael@hamburger-sportbund.de

Carsten Byernetzki
Hamburger Fußball-Verband e.V.
040 – 675 870 33
c.byernetzki@hfv.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

ds18

18. Mai 2010

WLAN Desaster – Rückhaltlose und zügige Aufklärung gefordert

Nach dem Eingeständnis von Google, beim Scannen privater kabelloser Netzwerke auch Kommunikationsinhalte gespeichert zu haben, fordert der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Professor Dr. Johannes Caspar, Google auf, nun kooperativ und transparent zur Aufklärung der Datenschutzverstöße beizutragen:

„Ich begrüße, dass Google reagiert und das WLAN-Scanning sofort eingestellt hat. Google hat hier Grenzen überschritten und das Recht von zig-tausenden Bürgerinnen und Bürgern auf informationelle Selbstbestimmung missachtet. Insbesondere die Art und Weise, wie man unseren zahlreichen Anfragen ausgewichen ist, gibt Anlass zur Sorge. Bis heute ist es unserer Behörde weder ermöglicht worden, die Software, die Google zum Scannen eingesetzt hat, noch eine Festplatte mit Originaldaten zu überprüfen. Auch unser detaillierter Fragenkatalog, durch den der Datenschutzverstoß erst ans Tageslicht gekommen ist, wurde bisher nicht beantwortet. Ich habe Google daher nochmals aufgefordert, uns die zur Untersuchung des gesamten Vorgangs erforderlichen Informationen zukommen zu lassen. Dies ist die Grundbedingung dafür, dass Ausmaß, Intensität, aber auch die Ursachen des Datenvergehens rekonstruiert und rechtlich bewertet werden könne. Erst dann sind alle Daten – und zwar unter Aufsicht einer neutralen Instanz – zu löschen.“

Eine sofortige Löschung würde die nachträgliche Aufklärung, was auf den Festplatten tatsächlich gespeichert worden ist, unmöglich machen und damit die notwendige rechtliche Beurteilung verhindern. Die Daten sind unverzüglich aus dem operativen Geschäft zu nehmen und dürfen nur noch zu Zwecken der Aufklärung verwendet werden.

Google hat öffentlich eingestanden, über Jahre hinweg rechtswidrig Daten erhoben zu haben. Dies ist ein erster Schritt zu einer offeneren Informationspolitik. Dem Eingeständnis einer erheblichen Datenpanne müssen nun weitere Schritte folgen. Nur wenn Google diesen Weg vorbehaltlos und zügig beschreitet, lässt sich das verlorene Vertrauen der Öffentlichkeit wiedergewinnen. Die Verantwortlichen bei Google müssen diesen Fall zum Anlass nehmen, die Firmenpolitik in Richtung auf einen transparenten Umgang mit den Belangen des Datenschutzes neu zu justieren.

Kontakt/ Rückfragen:

Mailbox@datenschutz.hamburg.de,

Tel. 428 54 - 4040



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

27. Mai 2010

Google erfüllt Ultimatum nur teilweise Festplatte mit WLAN-Daten vorerst nicht ausgehändigt

Kurz vor Ablauf der Frist zur Beantwortung der Fragen zum WLAN-Scanning hat der Internet-Konzern die geforderten organisatorischen und technischen Informationen schriftlich übermittelt. Eine Vorlage der Festplatte wurde aus rechtlichen Gründen zunächst abgelehnt.

Nach Auswertung der Antworten der Google Germany GmbH und der Google Inc. ist künftig das amerikanische Unternehmen als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle anzusehen. Google Germany stellt zwar die Fahrzeuge zur Verfügung, alles andere, einschließlich des Einsatzes von Hard- und Software, der Fahrer, der Bestimmung der Fahrtrouten etc. wird von einem Team der Google Inc. gesteuert.

Fragen zu den näheren Umständen der Erfassung von WLAN-Netzen hat Google ebenfalls vollständig beantwortet. U.a. teilt der Konzern mit, dass bei der WLAN-Erhebung zunächst alle Inhaltsdaten der erfassten Funknetze aufgefangen werden. Dabei wird die frei verfügbare Software „Kismet“ eingesetzt. Daran anschließend erfolge eine Nachbearbeitung durch eine Google-eigene Software, die die Inhalte verschlüsselter WLAN verwirft und nur unverschlüsselte Inhalte speichert. Diese seit 2008 erfolgende Praxis wird von Google als fehlerhaft bezeichnet.

Unabhängig von der Frage der Inhaltsdaten lassen die Antworten von Google aus datenschutzrechtlicher Sicht Zweifel an der Erhebung aufkommen. Die Daten werden für Zwecke der Lokalisierung z.B. von Handys erhoben. Für diese spätere Nutzung wird jedoch nur die MAC-Adresse als relevantes Nutzdatum angegeben. Google bleibt die Antwort schuldig, wozu die anderen erhobenen Merkmale – SSID, Signalstärke, Verschlüsselungsmethode, Übertragungsprotokoll und Funkkanal – benötigt werden.

Unsere weitergehende Anforderung, die zur Erfassung der WLAN-Netze eingesetzte Software zu prüfen, hat Google bislang nicht umgesetzt. Wir befinden uns aktuell in Abstimmungen mit Google, wie dies kurzfristig nachgeholt werden kann. Sobald uns aus der Prüfung neue Erkenntnisse vorliegen, werden wir die Öffentlichkeit weiter informieren.

Die von uns geforderte Einsichtnahme in eine mit Street-View-Originaldaten bespielte Festplatte, die auch die gespeicherten Informationen zum WLAN-Scanning enthält, hat Google nicht erfüllt. Google begründet die Weigerung mit rechtlichen Hindernissen: Danach könne nicht ausgeschlossen werden, dass auch Kommunikationsdaten gespeichert seien, die dem Fernmeldegeheimnis unterliegen. Die Weitergabe derartiger Nachrichten an Dritte stehe ausdrücklich unter Strafe. Deshalb könnten die Daten auch dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nicht herausgegeben werden.

Hierzu der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Dr. Johannes Caspar: „Ich nehme die Sorge Googles um das Fernmeldegeheimnis und die Kommunikationsdaten der Bürgerinnen und Bürger zur Kenntnis. Inhaltlich teile ich die Auffassung von Google nicht. Wir haben bereits vorab darauf aufmerksam gemacht, dass die gesetzlich eingeräumte Überprüfungsbefugnis der Aufsichtsbehörden nach dem Bundesdatenschutzgesetz auch die Inhalte des Post- und Fernmeldeverkehrs umfasst. Zudem habe ich vorsorglich die Bedenken Googles mit dem Hamburgischen Generalstaatsanwalt Herrn von Selle besprochen. Dieser hat bestätigt, dass er bei einer Übergabe der Daten an den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit bereits aus dem Schutzzweck der anwendbaren Normen nicht von einem strafbaren Verhalten ausgeht. Es sind daher keine Gründe ersichtlich, uns weiterhin die Daten vorzuenthalten. Soweit eine Weigerung der Herausgabe vor dem Hintergrund des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens und mit Blick auf die Beschuldigtenrechte in Betracht kommt, sollte Google uns dies gegebenenfalls deutlich erklären.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar,

Tel. 428 54 - 4040

18.Mai 2010/fb18

Mai-Steuerschätzung 2010

Schätzung bestätigt deutliche Steuerrückgänge bis 2013 um weitere 143 Millionen Euro

Heute hat Finanzsenator Carsten Frigge die Erwartungen der Mai-Steuerschätzung 2010 für Hamburg vorgestellt. Die aktuelle Prognose wartet für das Jahr 2010 mit einem leichten Zuwachs beim Steueraufkommen gegenüber dem Haushaltsplan 2010 auf. Für das laufende Jahr erwarten die Schätzer im Vergleich zum Haushaltsplan einen einmaligen Anstieg der Steuereinnahmen um 119 Millionen Euro auf 7.511 Millionen Euro. Verglichen mit dem Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen in 2009 von 7.804 Millionen Euro werden die Hamburg verbleibenden Steuern allerdings nochmals um rund 293 Millionen Euro niedriger ausfallen und damit die Talsohle erreichen. Die langfristigen Erwartungen sind weiterhin rückläufig: Für 2011 wird erneut ein Rückgang der Hamburg verbleibenden Steuern um 100 Millionen Euro gegenüber der bisherigen Planung auf jetzt 7.547 Millionen Euro prognostiziert. Die Fortschreibung weist auch für die Jahre 2012 und 2013 erneut Mindereinnahmen von 74 bzw. 88 Millionen Euro im Vergleich zur Finanzplanung 2009-2013 aus. Damit verschlechtert sich die Einnahmeerwartung für Hamburg in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt um weitere 143 Millionen Euro. Für das erstmals in die langfristige Fortschreibung aufgenommene Jahr 2014 werden Hamburg verbleibende Steuereinnahmen in Höhe von 8.602 Millionen Euro erwartet. Damit bleiben die Steuereinnahmen voraussichtlich auch bis ins Jahr 2014 hinter dem Höchststand des Jahres 2008 mit 8.766 Millionen Euro zurück.

„Die aktuelle Steuerschätzung hat die negativen Erwartungen für die kommenden Jahre bestätigt und die auch bisher schon dramatischen Steuereinbrüche noch einmal geringfügig nach unten korrigiert. Die Lage bei den Einnahmen der öffentlichen Hand bleibt auch in den nächsten Jahren prekär, wenngleich dieses Jahr nicht ganz so dramatisch wird wie noch Ende 2009 befürchtet,“ erklärte Finanzsenator Frigge bei der Vorstellung der neuen Zahlen für Hamburg.

Die Steuerschätzer sehen Hamburg auch in den kommenden Jahren als Zahlerland im Länderfinanzausgleich. 2010 wird mit Zahlungen im Länderfinanzausgleich in Höhe von 155

Millionen Euro gerechnet. 2011 sieht die Schätzung Beiträge in Höhe von 105 Millionen Euro vor.

Standbeine der Steuereinnahmen für Hamburg sind – wie in den vergangenen Jahren auch – Lohn- und Einkommensteuer (2010: 2.214 Mio. Euro bzw. 748 Mio. Euro; 2011: 2.248 Mio. Euro bzw. 644 Mio. Euro), Umsatzsteuer (2010: 1.685 Mio. Euro; 2011: 1.535 Mio. Euro) und die Gewerbesteuer (inkl. Gewerbesteuerumlage, 2010: 1.453 Mio. Euro; 2011: 1.570 Mio. Euro). Weiterhin auf sehr niedrigem Niveau bewegen sich die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (2010: 113 Mio. Euro; 2011: 183 Mio. Euro) und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (2010: 235 Mio. Euro; 2011: 223 Mio. Euro).

Dazu Senator Frigge: „Gerade diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig insbesondere für Hamburg die Gewerbesteuer ist. Daher wird der Senat bei der Gemeindefinanzreform keiner Lösung zustimmen, die einen Wegfall der Gewerbesteuer vorsieht.“ Denn, so Frigge weiter, auch Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht könnten keinesfalls die Ausfälle der Gewerbesteuer kompensieren und die tatsächliche Wirtschaftskraft eines Standortes wie Hamburg bei den Steuereinnahmen angemessen widerspiegeln.

Obwohl die Konjunktur bereits wieder dabei ist, Tritt zu fassen, bleibt die Entwicklung bei den Steuereinnahmen auch in den kommenden Jahren dahinter zurück. Dies liegt insbesondere an Steuerrechtsänderungen, die auf Entscheidungen des Bundesgesetzgebers (z.B. Konjunkturpakete I und II, Wachstumsbeschleunigungsgesetz) und Urteile des Bundesverfassungsgerichts (z.B. Entfernungspauschale, Abziehbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen) zurückzuführen sind. Alleine durch die sechs Gesetze mit den größten Steuerentlastungen werden Hamburg im Jahr 2010 Einnahmen in Höhe von 547 Millionen Euro entgehen. Für 2011 und 2012 werden hieraus resultierende Mindereinnahmen von 676 Millionen Euro bzw. 610 Millionen Euro erwartet.

„Diese dramatischen Zahlen zeigen alleine für Hamburg überdeutlich, dass die Zeit für weitere Steuerentlastungen – so erfreulich und wünschenswert sie für Wirtschaft und Bürger auch sein mögen – auf Jahre hinaus vorüber ist,“ machte Frigge die Haltung Hamburgs zur Debatte auf Bundesebene um weitere Steuererleichterungen klar: **„Eine Zustimmung Hamburgs wird es nicht geben!“**

Die zu erwartenden Steuerausfälle in den kommenden Jahren werden den Spielraum der Politik weiter einschränken und auch Hamburg wird – wie alle Bundesländer – weitere

Konsolidierungsanstrengungen unternehmen müssen. Weitere Zuwächse bei den Ausgaben auf Seiten der FHH sind vor diesem Hintergrund so gut wie ausgeschlossen. Klar ist aber auch, dass weitere, kostenintensive Vorhaben, deren Beschluss durch den Bund angestrebt (Soziales und Bildung), deren Finanzierung aber den Haushalten der Länder und Kommunen übertragen wird, mit der Zustimmung Hamburgs im Bundesrat nur noch dann verabschiedet werden können, wenn der Bund eine volle Kompensation anbietet.

Die Steuerschätzung bezieht sich grundsätzlich immer nur auf geltendes Steuerrecht. Bei allen Annahmen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Prognosen auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse handelt. Daher ist auch die aktuelle Mai-Steuerschätzung mit Unsicherheiten behaftet. Bei der späteren Feststellung des tatsächlichen Steueraufkommens sind sowohl positive als auch negative Abweichungen von der Steuerschätzung möglich.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

28. Mai 2010/pr28

Bürgermeister Ole von Beust reist nach China

Gemeinsam mit einer 50-köpfigen Delegation besucht der Erste Bürgermeister die EXPO 2010 in Shanghai und die Stadt Chengdu.

In Begleitung einer hochrangigen Delegation reist Bürgermeister **Ole von Beust** am Samstag, 29. Mai, nach China zur Weltausstellung EXPO 2010 Shanghai. Bis zum 4. Juni wird er verschiedene Stationen in der Partnerstadt Shanghai und in der Metropole Chengdu, Hauptstadt der Provinz Sichuan, besuchen.

Am 31. Mai findet im Rahmen der EXPO ein Hamburg-Tag statt, zu dem der Bürgermeister im Hamburg House und im Deutschen Pavillon erwartet wird. Weitere Themen der Reise sind der Ausbau der Städtepartnerschaft mit Shanghai, Wirtschaftsbeziehungen und Kooperationen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Katastrophenschutz.

Die Wirtschaftsdelegation wird angeführt von **Frank Horch**, Präses der Handelskammer Hamburg. Den Wissenschaftsbereich vertritt Senatorin **Dr. Herlind Gundelach**, die von Vertretern der Hamburger Universitäten und Forschungseinrichtungen begleitet wird. Senator **Christoph Ahlhaus** trifft vor Ort mit chinesischen Vertretern zu einem Austausch über Fragen des Katastrophenschutzes zusammen.

Zum Auftakt des Hamburg Tags auf der EXPO wird Bürgermeister Ole von Beust das Hamburg House besichtigen, mit dem sich die Hansestadt in Shanghai als innovative und lebenswerte Metropole am Wasser präsentiert. Umrahmt von einem Kulturprogramm auf verschiedenen EXPO-Bühnen, wo die Hamburger Musikgruppen Salut Salon und Revolverheld auftreten, wird Ole von Beust im Hamburg House ein Grußwort sprechen und sich ins Gästebuch eintragen.

Das Hamburg House setzt als erstes zertifiziertes Passivhaus in China ganz neue ökologische Standards dank eines extrem niedrigen Energiebedarfes. Während der EXPO wird das Gebäude zugleich als Ausstellungsgegenstand und Ausstellungsraum genutzt. Die Besucher erleben die Vorteile der ökologischen Bauweise und entdecken in der Ausstellung die Stärken der norddeutschen Metropole – von nachhaltiger Stadtentwicklung, Architektur, Umwelt- und Klimaschutz über ihre Wirtschaftskraft als Hafenmetropole und Kreativstandort bis hin zu Elbphilharmonie und HafenCity sowie dem vielfältigen Kulturangebot Hamburgs mit hoher Lebensqualität für Freizeit, Arbeiten und Wohnen.

Bei einem Gespräch mit Shanghais Oberbürgermeister **Han Zheng** am 1. Juni wird es u.a. um die Nachnutzung des Hamburg House sowie um die Vertiefung der Städtepartnerschaft gehen. Dazu soll ein Memorandum für 2011/2012 unterzeichnet werden, das die Fortsetzung bestehender und den Ausbau neuer Kooperationen etwa in Bildung und Sport vorsieht. Bürgermeister Ole von Beust wird Oberbürgermeister Han Zheng außerdem eine Einladung nach Hamburg zum 25. Jubiläum der Städtepartnerschaft im Jahr 2011 überbringen.

Umwelt- und Klimaschutz nehmen auf der Reise einen wichtigen Stellenwert ein. Neben dem EXPO-Projekt Hamburg House gehört dazu auch der Besuch des Sanierungsprojektes am

Suzhou Creek, das die Verschmutzung des Flusses durch nachhaltiges Abwassermanagement beseitigen und den Hochwasserschutz verbessern soll.

Am 2. Juni reist die Delegation weiter nach Chengdu, wo Ole von Beust u.a. die „Chengdu Panda Base“ besuchen wird, eine Aufzuchtstation für vom Aussterben bedrohte Riesenpandabären, die von der WWF Deutschland unterstützt wird.

In einem Gespräch mit **Ge Hongling**, Bürgermeister von Chengdu, wird es um Kooperationen im Bereich der Wissenschaft gehen. Die Millionenmetropole hat sich mit 29 Universitäten und Hochschulen als Wissenschaftszentrum etabliert. Darüber hinaus ist Chengdu heute einer der wichtigsten chinesischen Verkehrsknotenpunkte, insbesondere für die Luftfahrt. Die Chengdu Aircraft Industry Corporation produziert als chinaweit bedeutendster Wartungsstandort für Airbus und Boeing. Auch zu diesen Themen ist ein Austausch geplant.

In der Provinz Sichuan kamen 2008 bei einem Erdbeben über 80.000 Menschen ums Leben. Auch Hamburg hat seinerzeit beim Wiederaufbau geholfen. Die Delegation wird sich vor Ort über den Stand der Aufbauarbeiten informieren. Bürgermeister Ole von Beust bekommt hier Besuch von Kindern der Guangping Grundschule. Beim Erdbeben stark zerstört, hat die Hamburger China-Gesellschaft e.V. mit einer Spende dafür gesorgt, dass Mensa und Mehrzweckhalle wieder aufgebaut werden konnten. Auf Wunsch der Schule trägt die Halle den Namen „Hanbao Guan“ (Hamburg Halle). Die Kinder und Lehrer kommen nach Chengdu, um sich zu bedanken.

Rückfragen zu Programm und weiteren Stationen der Reise:

Pressestelle des Senats, Susanne Meinecke, Telefon: +49 40 42831 2183

E-Mail: susanne.meinecke@sk.hamburg.de

igs17

„Rauf auf's Rad!“

Die Wilhelmsburger Radwoche im Juni 2010

Eine Gemeinschaftsaktion der Internationalen Bauausstellung (IBA Hamburg), des Arbeitskreises Fahrradstadt Wilhelmsburg und der internationalen gartenschau hamburg (igs 2013)

Hamburg, 17.05.2010 – Vom 27. Mai bis 6. Juni 2010 kommt Wilhelmsburg auf die Räder: Erstmals veranstalten die Fahrradstadt Wilhelmsburg, die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg und die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) gemeinsam die Wilhelmsburger Radwoche 2010 auf der Elbinsel. Den Auftakt bildet unter Federführung der IBA ein Labor am 27. und 28. Mai 2010, anschließend lädt der Arbeitskreis Fahrradstadt Wilhelmsburg an speziellen Thementagen vom 29. Mai bis 5. Juni zu verschiedenen Rad-Aktivitäten, Kultur, Informationen und Diskussionen ein. Zum Abschluss veranstaltet die igs 2013 am 6. Juni 2010 gemeinsam mit dem Radsportverband Hamburg den Elbinsel Radspaß, ein Fahrradfest in unmittelbarer Nähe des S-Bahnhofes Wilhelmsburg verbunden mit einem Radrennen für verschiedene Altersgruppen rund um die Insel.

Gemeinsames Ziel der drei Veranstalter ist, die Bevölkerung Wilhelmsburgs und Hamburgs noch stärker für das Radfahren zu begeistern. Vor dem Hintergrund der Internationalität der Wilhelmsburger Bevölkerungsstruktur sollen verschiedene, zielgruppengenaue Angebote gemacht werden, um für die Thematik Radfahren zu sensibilisieren. Stichworte in diesem Zusammenhang sind z.B. Gesundheitsförderung durch Bewegung, Teilhabe an der Gesellschaft sowie Schul- und Freizeitsport. Darüber hinaus soll das Umweltbewusstsein und die Verantwortung für Stadt und Natur gestärkt sowie die Anbindung Wilhelmsburgs an das städtische und überregionale Radwegenetz und das Radfahren selber auf der Elbinsel und im Hafen thematisiert werden.

Entsprechend nimmt sich die „Wilhelmsburger Radwoche 2010“ des Themas Fahrrad aus verschiedenen Perspektiven an. Die Akteure möchten

- Menschen für das Radfahren begeistern,
- die Rahmenbedingungen für den Radverkehr in Wilhelmsburg verbessern und die Anbindung der Wilhelmsburger Radwege an das überörtliche Netz thematisieren,
- das Radfahren als Beitrag zum Klimaschutz diskutieren,
- Informationen und Tipps rund um das Thema Rad geben,
- Wilhelmsburg über vielseitige Tourenangebote als idealen Ort zum Radfahren entdecken und erfahren, über das Rad informieren und vor allem das Rad mit Spaß verbinden und zum bewegten Zusammensein einladen.

Die Wilhelmsburger Radwoche ist ein Mix aus Information, Austausch und Diskussion sowie Spiel, Spaß und Wettbewerb und besteht aus drei ineinandergreifenden Veranstaltungsbausteinen:

1. IBA Labor RAD, 27. und 28. Mai 2010: Das IBA-Labor „RAD 2010“ thematisiert Radfahren als urbane und klimaneutrale Mobilität der Zukunft. Der Ausbau des Radwegenetzes als Instrument intelligenter Stadtentwicklung wird zur Diskussion gestellt, ebenso der wirtschafts- und beschäftigungspolitische Aspekt für Kleinstökonomien wie Handwerksbetriebe oder Arbeitsloseninitiativen. Nicht zuletzt steht das Rad für eine kostengünstige, selbstbestimmte Mobilität, die ganze Bevölkerungsgruppen in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Autarkie stärken kann.
Veranstalter: IBA Hamburg GmbH
Ort: 1. Tag: IBA DOCK und 2. Tag: Bürgerhaus Wilhelmsburg
Kooperationspartner: Hamburg Port Authority und Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
2. Rad-Kultur zum Mitmachen, 29. Mai bis 5. Juni 2010: Die „Fahrradtage vor Ort“ bieten eine Woche lang, von Sonnabend bis Sonnabend, einen bunten Mix aus Kunst und Kultur, Schnupper- und Mitmachangeboten, Action und Ausprobieren, Fahrradgottesdiensten und -filmen, Talks und Touren, Grillen, Chillen und Geselligkeit. Und zwar für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus dem Stadtteil und der ganzen Region.
Verantwortlich: Arbeitskreis Fahrradstadt Wilhelmsburg
Ort: S-Bahnhof Wilhelmsburg und verschiedene spannende Orte im Stadtteil
3. Elbinsel Radspaß, 6. Juni 2010: Der Elbinsel Radspaß startet mit dem Elbinsel-Radrennen am Vormittag, das durch den Radsport-Verband Hamburg e.V. in

Kooperation mit der igs 2013 organisiert und durchgeführt wird. Ab 9.00 Uhr werden neun Rennen für verschiedene Ziel- bzw. Altersgruppen mit angepassten Streckenlängen angeboten. Auch der Nachwuchs kommt auf seine Kosten mit kleinen Runden und Rennen für Einradfahrer. Den ganzen Tag sind Fahrradinteressierte herzlich willkommen auf dem Fahrradfest. Von Mitmachangeboten und Geschicklichkeitstests über Infoangebote bis hin zu Showeinlagen und einem bunten Bühnenprogramm: Auf dem Elbinsel Radspaß kommt jeder Radbegeisterte auf seine Kosten.

Veranstalter Elbinsel Radspaß: internationale gartenschau hamburg 2013

Ausrichter Elbinsel-Radrennen: Radsportverband Hamburg e.V.

Ort: Berta-Kröger-Platz, zentral am S-Bahnhof Wilhelmsburg

Die Veranstalter

IBA Hamburg und igs 2013: Seit 2007 initiieren und begleiten die Internationale Bauausstellung und die internationale gartenschau hamburg im Rahmen der Hamburger Leitkonzepte „Sprung über die Elbe“ und „Grüne Metropole am Wasser“ die städtebauliche und landschaftliche Entwicklung auf den Hamburger Elbinseln. Beide Gesellschaften sind Töchter der Freien und Hansestadt Hamburg. Aufsichtsratsvorsitzende ist Senatorin Anja Hajduk, Präses der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die IBA ist ein Stadtentwicklungsprozess, der sich räumlich auf Wilhelmsburg, die Veddel und den Harburger Binnenhafen fokussiert. Im Rahmen der IBA werden zentrale Fragen der aktuellen Metropolenentwicklung wie die Internationalisierung der Stadtgesellschaft (Kosmopolis) und die Gestaltung von inneren Stadträndern (Metrozonen) thematisiert, darüber hinaus die Stadt im Klimawandel.

Die igs 2013 ist der grüne Impulsgeber für die stadtentwicklungspolitische Erschließung des Hamburger Südens. Bis zum Ausstellungsjahr 2013 wird im Herzen von Hamburg-Wilhelmsburg die grüne Stadt für das 21. Jahrhundert entstehen: Dafür plant die igs 2013 eine Gartenschau und Parkanlage, die den modernen Ansprüchen einer internationalen Stadtgesellschaft entspricht.

Arbeitskreis Fahrradstadt Wilhelmsburg: Die lokale Initiative "Arbeitskreis Fahrradstadt Wilhelmsburg" ist ein Netzwerk aus Wilhelmsburger Aktivisten, die sich über das Thema "Fahrrad" samt seiner Teilaspekte Umweltschutz, Gesundheitsförderung und Arbeitsplätze für eine lebendige Community auf Europas größter Flussinsel einsetzen. Zum Arbeitskreis gehören unter anderem:

- die SBB Kompetenz gGmbH (eine Tochter der Stiftung Berufliche Bildung) mit ihrem Wilhelmsburger Beschäftigungsprojekt "Aktiv-Rad", das funktionstüchtige Fahrräder für Kinder und Jugendliche aufbereitet,
- der Betrieb FIT, der Fahrrad-Insel-Touren veranstaltet und eine Radfahrschule betreibt,
- die AIW Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg gGmbH mit ihrem Fahrradverleih,
- der aus der Zukunftskonferenz 2001/2002 hervorgegangene Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg,
- der Verkehrsclub Deutschland (VCD),
- die Lokale Wirtschaft LoWi und
- die Alsterdorf Assistenz West, die Menschen mit Behinderungen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützt.

Daten & Fakten Wilhelmsburg¹

Die Elbinsel Wilhelmsburg ist das größte, jüngste und – nach der Veddel – internationalste Viertel Hamburgs: Rund 50.000 Menschen leben auf knapp 35 Quadratkilometern (der zehnfachen Größe des Stadtteils Ottensens). Ein Drittel von ihnen ist migrantischer, meist türkischer Herkunft (Hamburger Durchschnitt: 15 %), rund 20 % der Einwohner sind unter 18 Jahre alt (Hamburger Durchschnitt: 15 %). Rund 12 % der Einwohner sind arbeitslos, in ganz Hamburg sind es 8,1%.

Rückfragen bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Stefan Nowicki, Tel. +49(0)40-226 227 331,
0177 / 628 1108

eMail: stefan.nowicki@iba-hamburg.de

Fahrradstadt Wilhelmsburg, Gorch von Blomberg, Tel. +49(0)40-21 90 36 730,
eMail: gorch.vonblomberg@sbb-hamburg.de

internationale gartenschau hamburg 2013 gmbh, Ina Heidemann, Petra Bäurle
Tel. +49(0)40-226 31 98 -40/42
eMail: presse@igs-hamburg.de

¹ Stand: 31.12.2008. Quelle: Statistikamt Nord

25. Mai 2010 / bfi25

Amtlich: Der Volksentscheid zur Schulreform findet am 18. Juli statt

Unterlagen zur Briefabstimmung kommen automatisch ins Haus

Die amtlichen Abstimmungsunterlagen für den Volksentscheid am 18. Juli 2010 über die Schulreform werden ab heute verschickt und sollen bis zum 5. Juni 2010 bei den 1.259.875 Abstimmungsberechtigten eintreffen. Sofort nach Eingang können sie für die Briefabstimmung genutzt werden. Die Abstimmungsberechtigten brauchen also nicht bis zum Abstimmungstag zu warten, der in den Sommerferien liegt. Das gab **Landesabstimmungsleiter Willi Beiß** bekannt, nachdem der Senat heute den Abstimmungstag förmlich auf den 18. Juli festgelegt hat.

Die „Amtlichen Abstimmungsunterlagen“ werden in einem hellen Din4-Umschlag verschickt, der mit dieser Aufschrift und dem Hamburg-Logo versehen und somit deutlich von Werbung zu unterscheiden ist. Die Postsendung ist 111 g schwer.

Der Umschlag enthält

- die individuelle Abstimmungsbenachrichtigung,
- die persönlichen Briefabstimmungsunterlagen, insbesondere den blauen Stimmzettel,
- ein Informationsheft, in dem die Initiatoren und die Bürgerschaft auf jeweils 10 Seiten für ihren Standpunkt bei der Schulreform werben und
- ein Anschriftenverzeichnis aller 201 Abstimmungsstellen, die am 18. Juli für die persönliche Stimmabgabe von 8 bis 18 Uhr geöffnet haben (alle Abstimmungsberechtigten können dann ihre Stimme in jeder dieser Stellen abgeben, was für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen besonders nützlich sein kann).

Den Briefunterlagen ist auch ein Merkblatt/Wegweiser zur Briefabstimmung beigelegt, der in Wort und Bild das „Handling“ der Papiere beschreibt.

Beim Volksentscheid über die Schulreform stehen zwei Vorlagen zur Abstimmung:

Die Vorlage der Volksinitiative „'Wir wollen lernen!' – für den Erhalt des Elternwahlrechts in Klasse 4 und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5“ und die Vorlage der Bürgerschaft „Für eine bessere Schule“. Diese Vorlagen sind beide auf dem Stimmzettel vollständig abgedruckt.

Für jede Vorlage hat man eine Stimme. Durch Ankreuzen von „JA“ oder „NEIN“ wird sie als Zustimmung oder Ablehnung der Vorlage abgegeben. Jede stimmberechtigte Person kann also auf dem Stimmzettel zwei Stimmen abgeben, das heißt für oder gegen die jeweilige Vorlage. Eine Entscheidung zwischen beiden Vorlagen ist nicht zwingend erforderlich.

Nach dem Ausfüllen können die Briefunterlagen portofrei mit dem vorbereiteten roten Umschlag an das jeweilige Bezirksamt zurückgeschickt werden, also einfach in den Briefkasten stecken.

Das Landeswahlamt hat alle Abstimmungsunterlagen sowie eine erläuternde „Bilderstrecke“ zum Ausfüllen der Briefunterlagen in sein Internetangebot aufgenommen www.hamburg.de/wahlen .

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 42839-2670 und -2678

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

und

Asmus Rösler, Landeswahlamt, Tel. 0 40 – 42839-1732

26.05.2010/BSB/Politische Bildung26

Neue iPhone Applikation „Stolpersteine in Hamburg“ Bischöfin Maria Jepsen stellte die Anwendung heute vor

Nutzer des Mobiltelefons iPhone können kostenlos die neue Applikation „Stolpersteine in Hamburg“ herunterladen.

Die Bischöfin der Nordelbischen Kirche, Maria Jepsen, stellte zusammen mit Peter Hess, dem Gründer der Initiative „Stolpersteine in Hamburg“, die Applikation im Informationsladen der Landeszentrale für politische Bildung (Dammthorwall 1) heute Mittag vor.

Bischöfin Maria Jepsen: „Stolpersteine sollen Anstöße geben – zum Nachdenken über die Geschichte, zur Spurensuche in der Nachbarschaft. Die Verfolgten hatten Namen und Adressen. Die neue Möglichkeit, über das Mobiltelefon weitere Informationen zu bekommen, begrüße ich sehr. Die Stolpersteine auf dem Handy-Display sind eine gute Form, die Erinnerung auch im 21. Jahrhundert zu pflegen und das Andenken der Nazi-Opfer sowie das kritische Bewusstsein im gesellschaftlichen Kontext zu bewahren.“

Mit der Applikation können iPhone-Besitzerinnen und Besitzer alle Informationen wie z.B. Kurzbiographien, Bilder etc., die auf der Internetdatenbank www.stolpersteine-hamburg.de verfügbar sind, abrufen. Auch kann man über die Applikation des Handys per Navigation die Adresse von weiteren Stolpersteinen in der Nähe des eigenen Standorts und in ganz Hamburg finden – durch Sucheingaben auf dem Handy wie Straße, Name des Opfers, Stadtteil, Bezirk oder der aktuellen Position.

Gefördert wurde das Projekt von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg für den Verein „Geschichtswerkstätten Hamburg e.V.“

Eine Weiterentwicklung der Stolpersteinsuche für andere Mobiltelefone ist in Planung.

Bei Rückfragen:

Dr. Rita Bake, rita.bake@bsb.hamburg.de, Tel: 428 23 4804

Michael Hallmann, michael.hallmann@bsb.hamburg.de, Tel: 428 23 4808

28. Mai 2010 /bsu28

Wie wichtig sind Grünflächen?

Online-Befragung zu Hamburgs Parks und Spielplätzen

Grünanlagen, Parks und Wald machen rund 17% der Fläche Hamburgs aus. So gut wie jeder kennt städtische Grünanlagen und hat dazu eine Meinung. Um Hamburgs öffentliches Grün effizient und bürgerfreundlich planen zu können, startet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ab sofort eine Online-Umfrage zur Bedeutung und Zufriedenheit mit den Grünflächen in der Stadt.

Den Fragebogen findet man im Internet unter www.hamburg.de/hamburg-ist-gruen. Der Fragebogen zu Grünanlagen, Parks, Sport- und Kinderspielplätzen, Spazierwegen und Friedhöfen umfasst 20 Fragen. Zum Ausfüllen (Häkchen setzen) braucht man ungefähr fünf Minuten. Beteiligen kann man sich bis zum 23. Juni.

Die Befragung findet zum dritten Mal parallel in rund 20 deutschen Städten statt. Frühere Umfragen ergaben u.a. die große Bedeutung von Grünflächen als Standortfaktor: Qualität und Gestaltung von öffentlichem Grün wurden für die Wohnortwahl als fast so entscheidend angesehen wie Arbeitsplätze. Ob dieser Trend sich fortsetzt, darauf sind die Parkplaner der BSU nun gespannt und laden alle Hamburgerinnen und Hamburger ein, sich möglichst zahlreich an der Befragung zu beteiligen.

Die online-Befragung zum öffentlichen Grün wird von der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz (GALK) und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGST Iko-Netz in Köln gesteuert. Die Ergebnisse sollen bereits im Juli vorliegen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

Terminkalender

Vom 31. Mai bis 4. Juni 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 31.05.2010

- 10:00** CCH
Senator Axel Gedaschko begrüßt die Teilnehmer anlässlich der Eröffnung der „International Supercomputing Congress 2010“
- 14:00** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort zur Jahrestagung 2010 der Deutschen AG Selbsthilfegruppen.
- 15:30** Pflanzen un Blumen
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort zum „2. Fest der kleinen Wichte“ im Rahmen des Projekts Buchstart.
- 19:00** Hamburg, Restaurant „Parlament“, Rathausmarkt 1
Staatsrätin v. Paczensky spricht ein Grußwort zu Beginn des Abendessens anlässlich der Programmkonferenz Deutsche Richterakademie 2010.
- 19:00** Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich der Vorstellung des Projektes „Schulhausroman“ zur Lese- und Schreibförderung von Schülern.

Dienstag, den 01.06.2010

- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Dietrich Wersich überreicht das Bundesverdienstkreuz am Bande an Prof. Dr. Gerhard Mehrrens für seine überragenden Verdienste für das Gemeinwohl im Bereich der Versorgung von Unfallopfern und als Präsident der Deutschen Seemannsmission.
- 19:00** Kunsthalle Hamburg, Glockengießerwall
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck verleiht den Edwin-Scharff-Preis 2009 und den Karl-Schneider-Preis 2009.
- 19:00** Metropolis Kino, Steindamm 52/54
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des 26. Internationalen KurzFilmFestivals Hamburg.

Mittwoch, den 02.06.2010

- 10:00** Hamburg Airport-Terminal Tango
Senator Axel Gedaschko eröffnet die Messe „Real Estate North“ mit einem Grußwort

- 11:00** Binnenalster
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **gibt den Start frei zur Eröffnung der Alsterfontäne.**
- 18:00** Hospital zum Heiligen Geist, Hinsbleek 11
Staatsrat Dr. Michael Voges besucht den **Empfang des Kollegiums der Oberalten.**
- 18:00** Rathauspassage
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **Festveranstaltung zur Verleihung des Bachelorpreises an die Caritasstiftung Hamburg „Menschen in Not“.**
- 18:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht **ein Grußwort bei der 25. Internationalen „Supercomputing Conference 2010“ (ISC10).**

Donnerstag, den 03.06.2010

- 09:30** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort **zum Symposium der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein, des Hans-Bredow-Instituts und der Handelskammer Hamburg „Wer verdient mit welchem Recht? – Digitale Herausforderungen für Urheber, Verwerter und Nutzer“.**
- 10:00** Hamburg, Dataport, Billstraße 82
Senator Dr. Till Steffen eröffnet die Fachtagung **„Fischen im Netz – rechtsextreme Auftritte und Strategien im Internet“ mit einem Grußwort.**
- 11:00** Hamburg, Handelskammer
Senator Dr. Till Steffen hält anlässlich des Symposiums Urheberrecht einen Vortrag zum Thema **„Diskurs zwischen Urhebern, Verwertern und Nutzern in Gang bringen – Recht als Rahmen für einen angemessenen Ausgleich“.**
- 12:00** Landespolizeischule, Carl-Cohn-Straße 39
Senator Dietrich Wersich **besucht den Jahresempfang der Hamburger Polizei.**
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil.
- 12:00** Gymnasium Heidberg, Fritz-Schumacher-Allee 200
Senatorin Christa Goetsch **verleiht das Prädikat „Eliteschule des Fußballs“ des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) der Gesamtschule Am Heidberg und dem Gymnasium Heidberg.**
- 13:00** Elbe-Werkstätten GmbH, Nymphenweg 22
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet mit einem **Grußwort das von der Elbe-Werkstätten und dem Verein „Leben mit Behinderung Hamburg“ gegründete „Kunstatelier Süderelbe“ für Menschen mit und ohne Behinderung.**

- 14:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt an der Podiumsdiskussion der Medienanstalt Hamburg - Schleswig-Holstein, des Hans-Bredow-Instituts und der Handelskammer Hamburg „**Wer verdient mit welchem Recht? Digitale Herausforderungen für Urheber, Verwerter und Nutzer**“ teil.
- 14:30** Mönckebergstraße, Mönckebrunnen
Staatsrat Dr. Stefan Schulz eröffnet mit einem **Grußwort die Sicherheitstage in der Innenstadt.**
- 14:30** Rathaus Diele
Senatorin Christa Goetsch nimmt die Einladung **zum Heider Marktfrieden entgegen.**
- 19:30** Colorline Arena, Sylvesterallee 10
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **besucht das Konzert von Eric Clapton und Steve Winwood.**

Freitag, den 04.06.2010

- 08:30** Hochschule für angewandte Wissenschaften ; Berliner Tor 21
Staatsrat Peter Wenzel spricht ein **Grußwort anlässlich des Kolloquiums „75 Jahre Flugzeugbaustudium“ in Hamburg.**
- 11:00** Hamburg, Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort beim norddeutschen Vorentscheid des Staffelmarahtons im deutschen Jugendstrafvollzug „Jugend bewegt sich über Grenzen“.**
- 11:00** Leverkusenstraße 33
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort zur Grundsteinlegung des Neubaus der Eingliederungshilfeeinrichtung „Soziale Orientierung“ des Trägers Jugend hilft e.V.**
- 15:30** Hamburger Rathaus
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort beim Senatsempfang anlässlich des 3. Hamburger Stiftungstages.**
- 16:00** Elbcampus, Kompetenzzentrum der Handwerkskammer Hamburg, Hörsaal, Zum Handwerkszentrum 1
Senator Dietrich Wersich hält ein **Grußwort zum Senatsempfang für die Messe: „Job Contact – für Vielfalt im Arbeitsleben“.**
- 16:00** Maretstraße 73, 21073 Hamburg
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt am Gartenfest des DRK Kreisverbandes Hamburg-Harburg teil.
- 17:00** Gelände Airbus
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort im Rahmen der Festveranstaltung zur 75-Jahr-Feier Department Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau der Hochschule für angewandte Wissenschaften.**
- 18:00** TuTech Innovation GmbH, Großer Vortragssaal, Harburger Schlossstr. 6-12
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters **eröffnet die Auftaktveranstaltung**

zum 10. Harburger Binnenhafenfest mit einem Grußwort.

18:00

Rathaus, Großer Festsaal

Senatorin Christa Goetsch und Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nehmen teil am **Senatsempfang anlässlich des „3. Hamburger Stiftungstages“** und zu Ehren der Stifterinnen, Stifter und Stiftungen des Jahres 2009 gemeinsam mit dem Initiativkreis Hamburger Stiftungen.

Staatsrat Dr. Michael Voges besucht den Stifterempfang.